

**Abonnements-Bedingungen:**

Abonnements-Preis pr. Nummerant: Vierteljahr 3.30 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

# Vormärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 21. April 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Die Insertions-Gebühr**

Beträgt für die hochgehaltene Kolonetzelle ober deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Bekanntmachungen 30 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (sechsbändige) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellungsanzeigen und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Der Sieg der Jungtürken.

Die Jungtürken fliegen wie sie wollen, und was vor wenigen Tagen ohne blutige Kämpfe, ohne die Schrecken des Bürgerkrieges undollendbar schien, scheint ohne nennenswerte Opfer Erfüllung zu finden. Die Wiederherstellung der Konstitution ist gesichert und was die Revolution des Juni verurteilte, wird jetzt nachgeholt werden: die Männer des alten Regimes, von denen die Jungtürken nur die Verhasstesten und Korruptesten vertrieben hatten, sollen nun gänzlich verschwinden. Schien es aber bis in die letzten Stunden sicher, daß an der Spitze der zu Beseitigenden der Gefährlichste, Lüstigste und Schuldigste von allen, der „rote Sultan“ Abdul Hamid stehen werde, so machen die letzten Nachrichten seine Abdankung doch wieder zweifelhaft. Wohl ist seine Abhebung die Forderung des Heeres wie der Kammer, und dem alten Rüstschmid geschähe nur sein Recht, wenn, was ihm die Wiederherstellung seiner unumschränkten Nachstellung zu sein schien, zum längst verdienten Verhängnis würde. Der grausame Unterdrücker und Verfolger der nationalen und konstitutionellen Bewegung mühte schon zufrieden sein, wenn er als Gefangener der Jungtürken das längst verwirkte Leben retten dürfte. Aber fast scheint es, daß die Jungtürken vor dem entscheidenden Schritt, der vielleicht in der asiatischen Türkei ihrem Regime neue Widerstände schaffe, selbst jetzt noch zurückzureden und sich mit einem Kompromiß begnügen, das die Macht des Sultans weiter einschränkt und ihn zu einem Gefangenen der jungtürkischen Regimenter macht.

Die jungtürkische Armee hat, ohne den geringsten Widerstand zu finden, Konstantinopel auf allen Seiten eingeschlossen, und wenn sie die Stadt selbst noch nicht besetzt hat, so nur um abzuwarten, bis ihre Streitmacht groß genug ist, um jeden Versuch eines Widerstandes von vornherein als ganz aussichtslos erscheinen zu lassen. Und alle Anzeichen lassen erkennen, daß ernstlicher Widerstand ihr nicht erwachsen wird. Die Garnison Konstantinopels ist nicht nur ohne Führung, sondern auch offenbar ohne jede Kampflust. In ihr lebt kein gemeinsames Ziel, sie ist nicht befeht von einem gemeinsamen Willen und dies macht sie zu energischer Abwehr gänzlich unfähig. Durch die Agitation der Reaktionsäre war sie zu einer Meuterei verleitet worden, deren Zweck sie nicht kannte, deren Folgen sie nicht begriff. Jetzt stellt es sich deutlich heraus, daß den Reaktionsären zwar ein Handreich glücken konnte, weil sie es verstanden hatten, die Soldaten durch Geld und gute Worte gegen die Offiziere aufzubringen, daß sie aber weder im Volke noch im Heere über den Bereich Konstantinopels hinaus irgend welche Machtmittel zur Verfügung haben. Die jungtürkische Macht dagegen, die in der Verfügung über das Offizierkorps und der europäisch geschulten Armeekorps besteht, erweist sich als unerschütterlich. So wird denn auch die Kraftprobe, die den Jungtürken auferlegt ist, nur zu einer Befestigung ihrer Stellung werden, um so mehr, da in dem Zusammenbruch der Reaktion auch die liberale Opposition gegen die Jungtürken hineingerissen werden dürfte.

### Die Abdankung des Sultans.

#### Ein Ultimatum.

Konstantinopel, 19. April. Die Gerüchte von einer Abdankung des Sultans, die seit Mittag umlaufen, verstärken sich. Es heißt auch, die Truppen hätten an den Sultan ein Ultimatum geschickt, abzudanken; der Sultan habe sich an die französische und englische Botschaft um Schutz gewandt. Nagi Bey soll an den Thronfolger, Prinzgen Reschad, telegraphiert haben, sich bereitzuhalten. Die Nacht des Sultans soll unter Dampf zur Abreise bereit liegen. Nach Schluß der Kammer Sitzung berieten die Minister über die Lage; möglicherweise findet in der Nacht ein zweites Ministerat statt, um die weitere Regierungsfähigkeit des Sultans zu prüfen, und vom Scheik ul Islam ein Gutachten hierüber zu erwirken.

Paris, 20. April. „Kampor!“ meldet aus Konstantinopel, daß jungtürkische Komitee habe an den Sultan in Form eines Ultimatum ein Telegramm geschickt, worin er als Reineidiger behandelt wird. Man forderte ihn auf, abzudanken. Der Sultan lehrte hierauf nach dem Yıldizpalast zurück und hielt mit seiner Umgebung eine Besprechung ab. Er soll beschlossen haben, abzudanken und Konstantinopel zu verlassen.

### Die Abgeordneten fordern die Abdankung.

Konstantinopel, 20. April. Die bei den Truppen in San Stefano befindlichen Abgeordneten beschlossen, eine Deputation an den Sultan zu senden, um ihn zur Abdankung zu veranlassen.

### Neue Versprechungen.

Paris, 20. April. Wie die „Agence Havas“ aus Konstantinopel meldet, besprach der Sultan heute vormittag die Lage mit Tewfik und Hilmi Pascha, bei letzterem das Portefeuille des Großwesirs an und versprach, alle für die Verfassung geforderten Garantien zu geben. Es heißt, Tewfik Pascha habe demissioniert.

### Die Abdankung vollzogen?

Wien, 20. April. Wie der „Neuen Freien Presse“ aus Konstantinopel gemeldet wird, soll der Sultan gestern Abend auf dringende Vorstellungen des gesamten Kabinetts nach anfänglicher Weigerung schließlich in die Abdankung eingewilligt haben, wenn sein Leben garantiert werde. Die aus Saloniki erwartete Antwort dürfte bereits eingetroffen sein und „bedingungslos“ lauten. Um eine etwaige Flucht des Sultans auf seiner Fahrt zu verhindern und um das Leben des Sultans zu beschützen, verbleibt die Flotte vor Besiktasch. Gestern um 9 1/2 Uhr abends hatte der Großwesir eine 1 1/2 stündige Audienz beim Sultan in Anwesenheit des Palastsekretärs. Die Abdankung Abdul Hamids und die Thronbesteigung Reschad Effendis dürfte zwischen heute und morgen amtlich verlautbart werden.

### Veröhnlichere Stimmung?

Konstantinopel, 20. April. Der Salonikier Korpskommandeur verhandelt sehr eifrig mit Konstantinopel. Die Stimmung ist seit gestern veröhnlicher, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß man ein Blutvergießen in Konstantinopel fürchtet, da dies eine europäische Intervention herbeiführen könnte. Auch die Idee sofortiger Repressalien scheint fallen gelassen zu sein. Dafür besteht man unbedingt auf dem Wechsel der ganzen hiesigen Garnison. Wahrscheinlich wird man die Wiedereinsetzung des Großwesirs Hilmi Pascha und anderer Minister sowie des Kammerpräsidenten Ahmed Riza und als Satisfaktion irgend ein demonstratives Einrücken der Salonikier und Adrianopeler Truppen verlangen. Der Sultan dürfte den Thron weiter innehaben. Jedoch dürfte seine Stellung noch mehr eingeschränkt werden, so daß er ganz unter den Einfluß des jungtürkischen Komitees und der Salonikier und Adrianopeler Truppen kommen würde.

### Die jungtürkische Armee.

#### Konstantinopel eingeschlossen.

Wien, 20. April. Die „Südnische Zeitung“ meldet aus San Stefano bei Konstantinopel: Um 2 Uhr früh besetzte die Vorhut Makri Ahi. Alle Forts vom Marmarameer bis zum Schwarzen Meer sind in den Händen der verfassungsfreundlichen Truppen, die konzentriert auf die Hauptstadt vorrücken. Es ist noch ungewiß, wann der Hauptschlag erfolgt.

#### Kein Widerstand der Garnison.

Wien, 20. April. Wie der „Südnischen Zeitung“ aus Konstantinopel gemeldet wird, scheint die Gefahr eines größeren Zusammenstoßes beseitigt zu sein. Zwischen dem Konstantinopeler Kommando und den Komitetruppen wurde eine Abmachung getroffen, daß heute oder morgen die Konstantinopeler Garnison ohne Waffen den Komitetruppen zur Begehung entgegenrücken soll. Die Haltung der Flotte ist zweifelhaft. Die Schiffe im Bosphorus sind in den Händen der komitefeindlichen Mannschaften.

#### Anschluß an die jungtürkische Armee.

Konstantinopel, 20. April. Heute früh zogen etwa hundert, fünfzig Mann aus der Kaschischla-Baserne mit linden Spiel in bester Ausrüstung den mazedonischen Truppen entgegen, um sich ihnen anzuschließen. Es ist noch nicht bekannt, welche Aufnahme sie gefunden haben. In der Kammer waren heute vormittag etwa fünfzig Abgeordnete versammelt. Eine Sitzung findet nicht statt. Die gleiche Zahl Abgeordneter befindet sich bei den Truppen in San Stefano, wo in einem Klublokal beraten wird.

#### Ein Manifest des Oberkommandos.

Konstantinopel, 20. April. Der Chef der vor Konstantinopel befindlichen mazedonischen Truppen, General Husni Pascha, erließ an die Garnison Konstantinopel einen Aufruf, worin er erklärte, daß das zweite und dritte Armeekorps vor Konstantinopel angekommen seien, um die Verfassung für alle Zukunft zu sichern, die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und die Anführer der letzten Unruhen zu bestrafen. Die Belagerungstruppen fordern daher, daß alle Mannschaften der Garnison der Hauptstadt in Gegenwart des Scheik ul Islam sowie ihrer Kommandanten auf den Koran einen feierlichen Schwur ablegen, wonach sie den Befehlen ihrer Vorgesetzten blind gehorchen und sich für die Zukunft nicht mehr in die Politik mischen werden. Der Schwur soll an einem Tage von der gesamten Garnison abgelegt werden. Die Mannschaften müssen sich ferner verpflichten, der Wiedereinsetzung aller Offiziere und Unteroffiziere in die Stellen, die sie vor dem Aufstand innehatten, keinen Widerstand entgegenzusetzen. Als zweiten Punkt verlangt der Aufruf, daß die Soldaten der Hauptstadt sich nicht um die Mahregeln zu kümmern haben, welche die Belagerungstruppen zur Verstärkung der Garnison treffen werden, welche das Vaterland in Gefahr gebracht haben. Die Soldaten müssen sich endlich verpflichten, die Namen aller der Personen anzugeben, die sie zum Aufstand angestiftet haben. Der Aufruf schließt, wenn diese Forderungen erfüllt würden, und die gesamte Garnison während des Vorgehens der Belagerungstruppen passiven Gehorsam zeige, dann werde den Mannschaften nichts geschehen.

Zugleich erließ General Husni Pascha einen zweiten Aufruf an die Bevölkerung der Hauptstadt, worin erklärt wird, der Zweck der Ankunft der mazedonischen Truppen

sei, allen Verrätern des Vaterlandes, die mit der Verfassung unzufrieden seien, eine endgültige Lektion zu geben. Es seien alle Maßnahmen getroffen worden, um während des Vorgehens der Truppen die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu wahren. Der Aufruf versichert schließlich, daß niemand außer den an den letzten Vorgängen Beteiligten etwas von den Truppen zu fürchten hätte, und fordert die Bevölkerung auf, sich nicht in Schreden versetzen zu lassen. Beide Aufrufe sind in den Straßen als Extrablatt verteilt worden und werden von der Bevölkerung lebhaft besprochen.

### Die Haltung der Kammer.

Konstantinopel, 19. April. Deputiertenkammer. In der geheimen Sitzung soll sich das Haus insbesondere mit der Frage beschäftigt haben, welche Haltung es dem neuen Kabinett gegenüber einzunehmen habe. Es herrschte die Ansicht vor, das Kabinett anzusprechen, sich zu einem späteren Zeitpunkt vorzustellen. In der öffentlichen Sitzung wurden weitere 35 Telegramme verlesen, in denen erklärt wird, daß das neue Kabinett nicht anerkannt sei, und daß die Truppen bereit seien, nach Konstantinopel zu marschieren. Die Kammer beschloß, die Telegramme dahin zu beantworten, daß kein Aufruf zur Beunruhigung vorliege. Trotz der gegenteiligen Anregung der Kammer erschienen die Mitglieder des Kabinetts um 4 Uhr nachmittags im Hause. Die Sitzung wurde nunmehr wieder für geheim erklärt, damit darüber entschieden werde, ob das Programm der Regierung heute entgegengekommen werden solle. Nach Wiederaufnahme der öffentlichen Sitzung wurde das Regierungsprogramm verlesen. Es besagt, das Ziel des neuen Kabinetts werde sein, das Scherjagech überall durchzuführen und die Verfassung unbedingt zu wahren. Infolge von Parteikämpfen und Zeitungspolemiken habe sich die Lage verschlechtert. Schließlich wird dem tiefen Bedauern über die Ereignisse in Adana Ausdruck gegeben. Die Kammer beschloß sodann, die Debatte über das Exposé am Sonnabend zu beginnen. Am Senat gab die Regierung dieselbe Erklärung ab.

### Desorganisation der Reaktionsäre.

Frankfurt a. M., 20. April. Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Konstantinopel gemeldet wird, ist die Gesellschaft Zittihad-i-Rohammed, welcher die Urheberchaft an den jüngsten Unruhen zugeschrieben wird, aufgelöst worden. Der Herausgeber des Blattes „Vulkan“ wurde verhaftet.

### Die Opfer von Adana.

London, 20. April. Eine Meldung des Reuterschen Büreaus aus Konstantinopel von heute besagt, daß Konsulartelegrammen zufolge bei den letzten Unruhen in dem Vilajet Adana 5000 Personen getötet worden sind.

### Die englischen Schachtschiffe.

Malta, 20. April. Die Schachtschiffe „Canopus“ und „Ocean“ sowie der Kreuzer „Minerva“ haben Befehl erhalten, heute Abend nach den türkischen Gewässern abzukommen. Admiral Curzon-Spove befindet sich an Bord der „Ocean“.

## Der neue Finanzreformplan der Regierung.

Der in der offiziellen Presse angekündigte Empfang der Abordnungen aus Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Thüringen, die sich zum Zweck der Ueberreichung von allerlei auf die Reichsfinanzreform bezüglichen Erklärungen und Resolutions in Berlin eingefunden haben, durch den Reichskanzler hat gestern Abend feierlich in der Aula des Reichskanzlerpalais stattgefunden. Nachdem die meist von hohen Staatsbeamten, Universitätsprofessoren, Geheimen Kommerzienräten, Oberbürgermeistern usw. geführten Deputationen sich eingestellt hatten, betrat mit hochheiligem Miene der Reichskanzler den Saal, begleitet von seinem „Stab“, dem Staatssekretär des Innern Dr. v. Welkmann-Hollweg, dem Staatssekretär des Reichshofamts Sadow, dem bayerischen Legationsrat Freiherrn v. Grunelius, dem sächsischen Staatsminister Grafen Vythum v. Eckhardt, dem württembergischen Ministerialrat Schleehaus, dem badischen Gesandten Grafen v. Verdenheim, dem Großs. sächs. Ministerialdirektor Dr. Rode, dem bayer. Staatsrat Ritter v. Burkhart, dem Koburg-Gotha'schen Staatsminister Dr. v. Borin-Verttin, dem Unterstaatssekretär v. Roebel, dem Geheimen Regierungsrat Bahnschaffe, dem Legationsrat v. Kemmich und dem Hauptmann v. Schwarzlopp.

Nachdem die Deputationen und ihre Sprecher dem Reichskanzler von dem Unterstaatssekretär v. Roebel vorgestellt worden waren, nahm der Unterstaatssekretär Prof. Dr. v. Maatz für die bayerische Abordnung das Wort zu einer Ansprache. Er sagte nach dem offiziellen Wortlaut:

„Es Durchlautet bitte ich, den mit zahlreichen Unterschriften Münchner Mitbürger ausgestatteten Aufruf an den Reichstag über die Finanznot des Reichs überreichen zu dürfen.“

„Ich darf wohl sagen: Wir, die Unterzeichner des Aufrufs aus München, sind auch eine Gruppe von Interessenten, wenn auch eine anders geartete, als die sonstigen besondern Interessentengruppen. Wir sind Vertreter des allgemeinen nationalen Interesses an geordneter Haushaltsführung des Reichs. Als solche sind wir Interessenten, die keine Organisation haben, die aber die Not des Augenblicks in patriotischem Empfinden und Pflichtgefühl zusammengeführt. Wir vertreten die verschiedensten Stände und Berufe, das Bürgerum im allgemeinen,

die Erwerbstätigen, insbesondere in Gewerbe und Handel, die Künstler, die Männer der Wissenschaft und andere Berufe aller Art. Gleichwie für uns, die wir meistens überwiegend Arbeitstätige sind, ist auch für die gesamte übrige deutsche Arbeiterwelt die Festigung der Grundlagen des öffentlichen Haushaltes im Reich, die allein wirtschaftlich erfolgreiches Arbeiten gewährleistet, von höchster Bedeutung. . . . In Behandlung unserer Sorge und Unruhe und unserer Sehnsucht nach erhellender Klärung der Lage sind wir heute erschienen mit unserer Bitte an die verbündeten Regierungen, die Reichsleitung und den Reichstag. Vorkriterium erhebt sich die Anerkennung der Staatsoberhauptlichkeiten für das Reich die Ordnung der Finanzen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Zweckmäßigkeit. Wie die tatsächliche Entwicklung der ganzen Frage sich in Deutschland gestaltet hat, bleibt als der einzig gangbare, als solcher in den weitesten Volksteilen mehr und mehr erkannte Weg einer ausgiebigen Entwicklung der Verbrauchsbesteuerung, insbesondere der Besteuerung der alkoholischen Getränke und des Tabaks, und gleichzeitig der Beförderen, gleichfalls ausgiebigen Besteuerung der Besitzenden mittels der Erbschaftsbesteuerung. . . .

Wir fassen das, was uns für das Reich und aller Reichsangehörigen Wohl geboten erscheint, in folgenden Leitsätzen zusammen:

#### Resolution.

Eine rasche, gründliche und dauernde Ordnung des Reichshaushalts ist im Interesse der Finanzwirtschaft des Reiches, seiner gesunden Entwicklung im Innern, seines Ansehens nach außen eine gebietliche Notwendigkeit. Deshalb richten wir an die verbündeten Regierungen und an den Reichstag die eindringliche Aufforderung, sobald wie möglich, jedenfalls aber noch in der laufenden Session sich über die Reichsfinanzreform zu verständigen. Jede Verzögerung wirkt lähmend auf Handel und Wandel, erhöht die politische Unsicherheit, vermehrt die drückende Schuldenlast. Ein Scheitern der Reform aber wäre eine Katastrophe gleich zu achten. Ohne im einzelnen zu den vorliegenden Steuerentwürfen Stellung zu nehmen, halten wir uns an zwei Hauptgrundzüge:

1. Die Reform muß im wesentlichen durch reichseigene Steuern bewirkt werden; sie darf die Lösung der Aufgabe weder den Einzelstaaten zuschieben noch in deren Finanzhoheit eingreifen.
2. Die Reform muß beruhen auf einer Vereinigung von Steuern von Vermögensbezug, als deren beste Form wir Abgaben beim Erbsitzübergang betrachten, und von den Genussmitteln des Massenverbrauchs, vor allem der alkoholischen Getränke und der Tabakfabrikate.

Nur eine dieser beiden Richtlinien befolgende Reform der Reichsfinanzen entspricht den Forderungen der Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit, versteht zugleich eine gründliche und umfassende Befundung der schwer erschütterten finanziellen Grundlage des Reiches. Wir vertrauen der Einsicht und der Vaterlandsliebe der gelebenden Körperschaften, daß sie sich baldigst auf diesem Boden in bindenden Beschlüssen einigen — zum Heile des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes!

Als Sprecher der sächsischen Deputation redete dann noch in gleichem Sinn Prof. Witts aus Dresden und als Vertreter des Bundes der Industriellen der Geh. Kommerzienrat Witt, der versicherte, daß die Industriellen, patriotisch wie sie seien, willig dem Vaterlande die größten Opfer brächten und deshalb sogar für die Erhöhung — der Verbrauchssteuern einträten, obgleich die Verbrauchssteuern ganz besonders die Industrie belasteten.

Nach dieser Einleitung kam der Mallesfeld. Zuerst sprach er sich der Reichstagsler in Postur und hielt die angelegentlichste „große“ Rede. Er begrüßte die Erschienenen als „Vorkämpfer und Vertrauensmänner weiter Schichten des deutschen Volkes“, und sprach von den Bestrebungen bestimmter Erwerbszweige, ihre Sonderinteressen den Bedürfnissen der Volksgemeinschaft gegenüber zu stellen. Als die Gruppe, die ganz besonders hartnäckig ihr Sonderinteresse vertreten habe, bezeichnete er „agrarisches“ Kanzler aber nicht etwa — den Hund der Landwirtschaft, sondern den Tabakverein. Darauf folgten allerhand patriotische Phrasen über die Ertragenschaften des deutschen Volkes und seiner Schaffenskraft und schließlich endlich die Darlegung des neuen Finanzreformplans.

Nach Wolffs Meldung sagte darüber der Kanzler wörtlich: Die soll die Reform sich im einzelnen gestalten? Die Herren aus Thüringen halten, wie ihre Adresse betont, nach wie vor die Vorschläge der verbündeten Regierungen für eine im Ganzen und Großen geeignete Grundlage zur Verständigung. Auch ich, meine Herren, habe mich von dieser Überzeugung nicht abbringen lassen und bin gerade durch den Gang der Erörterungen im Reichstage und in der breiten Öffentlichkeit mehr und mehr darin bestärkt worden. Gezeigt wurden die verbündeten Regierungen sich nicht auf jedes Stück ihrer Vorlagen verlassen. Nachdem sich leider ergeben hat, daß für die Besteuerung von Gas, Elektrizität und Ameratan keine Mehrheit zu erlangen ist, so werden die verbündeten Regierungen diese Vorlagen fallen lassen müssen. Für die Rinde muß Ersatz geschaffen werden. Ich bin zwar heute noch nicht in der Lage, hierüber bestimmte Mitteilungen zu machen, ich habe aber dahin gewirkt, daß sich die verbündeten Regierungen in den allerersten Tagen endgültig über die Stellung schlüssig machen, die sie zur Frage der Erbschaftsteuer für die zweite Session im Reichstage einnehmen wollen.

Dann verkündete der Reichskanzler, daß die Regierung an dem von ihr dem Reichstag vorgelegten Branntweinhandelsmonopol festhalte und wandte sich darauf zur Erörterung der Erbschaftsbesteuerung:

Und wie steht es mit dem Ausbau der Erbschaftsabgaben? Hier ist es nicht so sehr die nächste Betrachtung der realen Zustände gewesen, die große und angelegentliche Kreise im Lande zu ihrer bisher ablehnenden Haltung veranlaßt hat. Vielmehr haben Befürworter hingewiesen, die sorgfältiger Prüfung nicht standhalten könnten. Ich gebe die Hoffnung nicht auf — und Ihre Mandatgebungen bestätigen mich hiern — daß auch die Landwirtschaft erkennen wird, daß sie sich mit der Ausdehnung der Erbschaftsbesteuerung nicht abfinden können.

Auf der Nachlasssteuer werden die verbündeten Regierungen nicht bestehen. Da aber der West nach fast allgemeiner Uebereinstimmung in Höhe des aus der Nachlasssteuer veranschlagten Betrages an den neuen Steuern beteiligt sein muß und eine andere gerechte, zweckmäßige und gleich ertragreiche Besteuerung mit besserer Aussicht auf Annahme im Reichstage zurzeit nicht vorgeschlagen werden kann, so müssen wir an der Ausdehnung der Abgabe auf die nächsten Verwandten in der Form einer Erb-anfallsteuer festhalten.

Auch der Landwirtsch. nachsehende Autoritäten geben ja zu, daß die vorgeschlagenen Sätze ertragen werden können, und daß die landwirtschaftlichen Interessen schon in den Regierungsvorschlägen berücksichtigt worden sind. Werden doch zwei Drittel bis drei Viertel der deutschen Landwirtschaft von der Steuer überhaupt nicht betroffen. Die Landwirtschaft sollte aber auch nicht vergessen, daß sie unter einer Besteuerung steht, die mit der größten Gewissenhaftigkeit ihre gesamten Interessen fördert und am Herzen trägt. Ja persönlich nehme es durchaus nicht leicht, in dieser Frage mich im Widerspruch zu meinem alten Freunde zu befinden. Aber auch nach reiflicher Erwägung kann ich von der Auffassung nicht abgehen, daß die erweiterte Erbschaftsteuer ein Opfer an son-

ferhalten Grundjahren nicht involviert. Ich begrüße es, daß große Teile der konservativen Partei zu derselben Auffassung gelangt sind und verweise dafür auf die Beschlüsse der konservativen Partei in Sachen. Ich meine auch, daß die Stimmen aus dem Mittelstande bei der Neubesetzung des Reichstages nicht ungenutzt verhallen sollten. In keiner Weise aber vermag ich die Bedenken zu teilen, daß ein aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenes Parlament wie der Reichstag gerade mit der Erbschaftsteuer Unheil stiften könnte. Solange die Sozialdemokratie nicht Bundesrat und Reichstag beherrscht, solange besteht nicht die Gefahr konföderaler Ausbeutung dieser Steuer. Sollten aber einmal die Sozialdemokraten die Geschäfte in die Hand nehmen — in den nächsten Jahrhunderten wird man das nicht erleben —, so würden die Erbschaften daran glauben müssen, ob die Sozialdemokratie die Deszendendenbestimmung vorzöge oder nicht. . . .

Aber mit der Branntwein- und der Erbschaftsteuerfrage ist es nicht getan. Daß das Bier um 100 Millionen mehr bringen muß, darüber ist man sich allgemein einig. Und was den Tabak betrifft, so wird es trotz aller Agitation dabei bleiben, daß alles, was der Tabakverein in diesem Falle gefordert hat, wieder gut gemacht werden muß durch einen Gesetzentwurf, der dem sozialen Charakter der Steuer vorlägen Rechnung trägt, den wohlhabenden Raucher höher belastet als den unbedemittelten und der Staatskasse einen Ertrag von 75 bis 80 Millionen mit Sicherheit zuführt.

Ich brauche es kaum auszusprechen, daß ich auch mit Ihrem Verlangen bezüglich der zeitlichen Scheidung zwischen Reichs- und Bundesstaatsfinanzen durchaus übereinstimme. Die Geschichte der Konfiskationsbeiträge ist eines der lehrreichsten Kapitel unserer Finanzen. Was als Vorbehalt und Ubergangsmäßigkeit geschaffen war, hat sich im Laufe der Jahre zu einer klärenden und immer komplizierteren Einrichtung entwickelt. Dabei haben weder das Reich noch die Bundesstaaten ihre Rechnung gefunden. . . . Die verbündeten Regierungen werden die Einzelstaaten nur bis zur Grenze von 50 Millionen Mark, d. h. mit 25 Millionen mehr als bisher in der Gestalt der Konfiskationsbeiträge an dem Gesamtbedarf beteiligen.

Ich erwarte also, um kurz zusammenzufassen, von der Finanzreform das Folgende: Sie soll aufbringen 600 Millionen, sie soll diese Summe, abgesehen von 25 Millionen Mark neuer Konfiskationsbeiträge, aufbringen in der Form reichseigener Einnahmen, und zwar wenn die Kapitalsteuer in verbesserter Form bestehen bleibt, mit 350 bis 360 Millionen Mark vom Konsum und mit 90 bis 100 Millionen Mark vom Besitz. Bei den Konsumsteuern sollen Branntwein, Bier und Tabak mit 250 Millionen Mark bleiben, weitere 70 bis 80 Millionen Mark durch die sogenannten Erschaffsteuern, über die sich der Bundesrat dieser Tage schlüssig machen wird, aufgebracht werden. Die Nachlasssteuer wird in eine Erb-anfallsteuer umgewandelt. Durchzuführen ist das Werk noch in dieser Tagung.

Den Schluß bildeten allerlei Phrasen über das „große Werk“ der Reichsfinanzreform und den Dank des „großen Vaterlandes“ und damit war die patriotische Festsache beendet.

Der vom Reichskanzler verkündete neue Steuerplan ist demnach für die unbedemittelten Volksteile noch weit ungünstiger, als der, den im November vorigen Jahres der Reichschatzsekretär dem Reichstage vorlegte. Demals sollten ungefähr 350 Millionen M. aus den hauptsächlich die ärmere Bevölkerung belastenden Verbrauchssteuern, circa 150 Millionen Mark aus der besonders den bemittelten Mittelstand treffenden Gas-, Elektrizitäts-, Zigaretten- und Weinsteuern und an 100 Millionen Mark aus der Nachlasssteuer herausgeholt werden. Heute sollen nach dem Plane der Regierung die Wohlhabenden nur noch circa 60 Millionen Mark zu der geforderten Summe von 600 Millionen Mark beitragen; die anderen 440 Millionen will man den unbedemittelten Volksteilen aufbürden, nämlich ungefähr 300 Millionen Mark an Konsumsteuern und 70 bis 80 Millionen an Erschaffsteuern, unter denen an erster Stelle die Erhöhung des Kaffeegolles steht. Dagegen also die heutige Finanzlage durch die gewissenlose Mißwirtschaft der parlamentarischen Vertreter der herrschenden Klassen entstanden ist, sollen demnach trotz ihres Reichthums diese Klassen nur ungefähr ein Viertel der erforderlichen Steuersumme übernehmen, während dem hart um sein Dasein kämpfenden werktätigen Volk sieben Achtel zugeworfen werden. Und trotz dieses famosen „gerade so Ausgleichs“ wird den herrschenden Klassen für ihre „Opferwilligkeit“ nicht nur der Dank des „großen Vaterlandes“ zugesichert, sondern den Grundbesitzern außerdem noch versprochen, daß, wenn sie willig an dem einen Viertel mittragen helfen, sie in anderer Hinsicht dafür reichlich entschädigt werden sollen! Eine größere patriotische Handtoursiade ist kaum denkbar.

## Die Herren vom Geldlack.

Auch das preussische Dreiklassenparlament nimmt am Mittwoch seine Beratungen wieder auf. Auch es hat noch Arbeit in Hülle und Fülle zu erledigen. Von besonderer Wichtigkeit ist der Gesetzentwurf betreffend die Wanderung des Berggesetzes, der sich gegenwärtig noch im Stadium der Kommissionsbehandlung befindet. Die Bergarbeiter haben alle Ursache, den Verhandlungen über die Abänderung des Berggesetzes die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Zumal nach dem Bekanntwerden des Beschlusses über die Geheimkonferenz der Bergherren, die ja damit gedroht haben, einen kleinen Ministersturz zu inszenieren, falls der preussische Handelsminister v. Delbrück sich den Wünschen der Bergherren und der sie vertretenden Parteien nicht gefällig zeigen sollte. Auch haben ja die Beratungen der Kommission bereits bewiesen, daß eine starke Majorität am Werke ist, in den ganz unzulänglichen Gesetzentwurf noch allerlei Verästelungen hineinzubringen. Es gilt aber nicht nur diese Verschönerungsversuche durch die Vertreter des Bergkapitals zu verhindern, sondern auch den Gesetzentwurf derartig auszugestalten, daß er wenigstens den elementarsten Forderungen der Bergarbeiter, nicht nur im alten Verband, sondern auch der in den christlichen, polnischen und Sirsch-Dunderschen Verbänden organisierten Arbeiter gerecht wird. Es wird allerdings der ganzen Aufmerksamkeit und Energie der Bergarbeiter bedürfen! Namentlich werden die christlichen Bergarbeiter dem Zentrum auf die Finger zu sehen haben, hat doch das Zentrum bisher sowohl im Plenum wie auch in der Kommission eine überaus schwächliche, um nicht zu sagen zweideutige Haltung eingenommen!

Wahrscheinlich wird sich auch das Abgeordnetenhaus noch einmal mit den Beamtenbesoldungsvorlagen zu befassen haben, da das Herrenhaus an den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses allerlei Abänderungen zuungunsten der Beamten vorgenommen hat. Besonders bezeichnend für das „Haus sozialer Unreife“, wie in der Demonstrationsversammlung der Beamten ein Redner die preussische Reichstammer nannte, ist der Beschluß, den Beamten den Wohnungszulassung nicht bereits für 1908 zu gewähren, wie das den Beamten von der Regierung wiederholt in der bestimmtesten Form zugesichert worden war. Das Verhalten des Herren-

hauses beweist wieder einmal, wie notwendig es wäre, nicht nur an die Stelle des Dreiklassenwahlrechts für das Abgeordnetenhaus das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu setzen, sondern endlich auch das Haus der geborenen und ernannten Gesetzgeber zu beseitigen. Leider ist bei der jämmerlichen Haltung des Freisinn und der perfiden Taktik des Zentrums nicht einmal an die Erzwingung des Reichstagswahlrechts für das Abgeordnetenhaus zu denken! Freisinn und Zentrum glauben durch die Wahlrechtsinterpellation vom 12. Februar ihre Schuldlosigkeit gegen und ihren proletarischen Wählern so viel Sand in die Augen gestreut zu haben, daß das Dreiklassenparlament nach Pfingsten ruhig auseinandergehen kann, ohne durch indiskrete Fragen nach dem Stande der Wahlreform auch nur im geringsten beunruhigt zu werden!

Die entrechteten, genasführten Klassen müssen endlich mit ihrem Kampf um ihre politischen und sozialen Rechte Ernst machen!

## Verfahrrt!

Maximilian Gorden hat's erreicht. Er braucht nicht in die Gefängniszelle zu wandern. Mit 600 Mark Geldstrafe kommt er davon. Die dritte Wiederholung des Prozeßes Moltke-Gorden, die Dienstag vormittag in Moabit begann, endete am Abend mit diesem Urteil. Vier Monate Gefängnis sind Herrn Gorden erspart geblieben. Er hat einen gerichtlichen Erfolg erzielt. Und für ihn zählte wohl nicht, was er dabei verlor, was er für diesen Erfolg draufgegeben hat. . . .

Politischen Ruf hatte Gorden allerdings nicht mehr zu verlieren. Und das Ansehen als Schriftsteller und Mann? In den Kreisen, wo ihm alles Frühere nicht geschadet hat, wird ihm auch jetzt der schändliche Rückzug nicht schaden. Au Stammischen deutscher Bierphilister, wo sich politische Urteillosigkeit mit Durrapatriotismus eintrug, mag er auch jetzt noch lange als Held und Vaterlandsretter leben und die Verleugnung dessen, was er getan, um die Stamaria Gulerburg zu stürzen, mag ihm dort noch, wie er es fordert, als patriotische Entschagung ausgelegt werden. Er wird ein Held bleiben für diese Leute, obgleich er der Wahrheit zuwider erklärt hat, daß er den Grafen Runo v. Moltke nicht der Homosexualität beschuldigt hat. Wo man nicht glaubt, daß der Schriftsteller Gorden das aus edlen Motiven getan, wo man durchschaut, daß nicht das vorgeschobene Interesse an des Deutschen Reiches Wohlfahrt, sondern die Sorge um die eigene Person diesen Rückzug veranlaßte, da hatte Gorden ohnehin nichts mehr zu verlieren, und also kann es ihm gleich sein, wie sein Verhalten dort bewertet wird.

Es war ein stets wohlberechneter Wechsel zwischen scharfen Vorwürfen und Drohungen und fluger Juridikation. Der Wind dreht sich und ein kluger Mann trägt den Mantel danach. Es gab Tage, wo Herr Gorden bis hoch hinauf der Held des Tages war. Wo eine Ausfahrt des Kronprinzen als eine Demonstration für den Angeklagten gedeutet wurde, und man die Hand willens, der ihn zum Sturz des Liebenbergers benutzte hatte, über ihn sah. Aber dann kam der Umschlag, weil Herr Gorden zuviel bewiesen hatte, weil er einen Sumpf aufgedeckt hatte, der bis dicht an die Stufen des Thrones reicht, weil er es verschuldet hatte, daß die Beherrschten einen Auschnitt aus den Kreisen der Herrschenden in seiner ganzen Verderbtheit und Häufnis erblickten. Die Autorität war geschädigt, die Ordnung hatte Schaden gelitten. Der „Retter des Vaterlandes“ ward zum Herostreten, Gulerburg und die anderen, die ihn wider Gulerburg gebraucht hatten, mußten ihn fallen lassen. Der Gulerburger konnte sich rein schämen, und im zweiten Prozeß, den der Oberstaatsanwalt Hensdel im Namen des anfänglich strikte verneinten, nun aber ebenso energisch behaupteten öffentlichen Interesses aufnahm, wurde Gorden zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Schon damals wich er kläglich zurück, aber es half ihm nichts. Ihm das Gefängnis und dem Fürsten Gulerburg die öffentliche Ehrenklärung des Oberstaatsanwalts, der sich als Verteidiger des Liebenbergers fühlte.

Die vier Monate waren zuviel. Herr Gorden machte wieder einen Vorstoß. Herabstürzend traf er den Gulerburg. Und abermals kamen für die „Edelsten und Besten der Nation“ sehr, sehr weinliche Tage.

Gulerburg sitzt wieder auf Liebenberg. Von ihm zu sprechen ist für so manche Amisstelle Verlegenheit. Lebhaft ist das Bedürfnis, daß die böse Sache endlich verfahrrt werde. Ist Gorden's Prozeß erledigt, so ist ein unbehaglicher Dränger weniger, der nach der Befundung, nach der Verhandlungsfähigkeit des Mannes fragt, über dessen Haupt die Reinheitsanfrage schwebt.

Der Prozeß Gorden ist erledigt. Gorden hat sein Ziel erreicht — er braucht nicht ins Gefängnis. Und Moltke hat doch keine Genugtuung. Beide sind auf ihre Rechnung gekommen, durch jene in der Geschichte der deutschen Rechtsprechung wohl einzig dastehende gemeinsame Erklärung, die wie ein Vergleich anhebt und doch nicht als Vergleich endet. Und der Zweck war dem Gericht zu ermöglichen, die Beweisaufnahme und das Strafmaß zu beschränken. Graf Runo v. Moltke konnte nach den bekannten Erbbegriffen seines Standes auf eine Verurteilung des Wegners nicht verzichten. Sonst hätte er nämlich die Einstellung des Verfahrens, gegen die er nichts einzunwenden hatte, sehr einfach erreichen können, indem er den Strafantrag zurückzog. Aber er hat doch dazu mitwirken wollen, daß die unangenehme Sache möglichst schnell verfahrrt werde. Und die Juristen haben die Form dafür gefunden.

So ist also die Affäre, die unseren herrschenden Kreisen so viele unangenehme Stunden bereitet hat, verfahrrt. Wenns nach ihnen und ihren befristeten Dienern geht. . . .

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 20. April 1908.

**Die Lebensmittelabgaben in den Gemeinden.** Aus dem Reichstag, 20. April. Als Duverture zum Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen war die Beratung von Petitionen eingereicht. Nicht weniger als 65 standen auf der Tagesordnung. Es wurden davon zunächst alle diejenigen, zu denen keine Wortmeldungen und Anträge vorlagen, den Anträgen der Petitionskommission gemäß erledigt. Dann wurde auf Antrag des national-liberalen Abgeordneten Böhl gegen den Widerspruch der Sozialdemokratie eine Petition in der Beratung vorweggenommen, die darauf abzielt den Städten das Recht auf Forterbauung der Lebensmittelabgaben (Ökroi) auf längere Zeit zu sichern. In § 13 des Zollgesetzes war nämlich festgesetzt worden, daß die Gemeinden nur noch bis zum 31. Dezember 1910 das Recht

Haben sollten, Abgaben auf Lebensmittel zu erheben. Es war das ein der Pfaffen, das dem Volke auf die Bunde gelegt werden sollte, die ihm die Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel durch den neuen Zolltarif geschlagen hat. In einer großen Anzahl von Städten ist man auch vernünftig genug gewesen, beizutreten diese Lebensmittelabgaben durch andere Steuern zu ersetzen. Andere Städte, wie Dresden und München, haben das veräußert und sträubten sich nun obendrein dagegen, die vorgeschriebene Forderung zu dem festgesetzten Termin durchzuführen, trotzdem sie doch reichlich Zeit dazu in den sieben Jahren seit Annahme des Tarifs gehabt hätten. Die fragliche Petition geht nun darauf hinaus, den Stadtverwaltungen die Weiterhaltung des Oktrois noch bis zum 31. Dezember 1917 zu gestatten, also dem Volke auch diese drückende Abgabe noch um sieben Jahre länger aufzuhalten. Die Petitionskommission hatte in ihrer Mehrheit sich gegen diese Zustimmung geäußert und deshalb dem Reichstage Uebergang zur Tagesordnung empfohlen. Dagegen beantragten Vertreter verschiedener bürgerlicher Parteien die Verlesung der Petition mit der Einschränkung, daß die Frist für Erhebung der Lebensmittelabgaben in den Städten nur bis zum 31. Dezember 1914 ausgedehnt werden solle.

In der lebhaften Debatte, von der die ganze Sitzung ausgefüllt wurde, ohne daß sie zu Ende kam, bekämpften die Genossen Emmel, Hilbrand und Stolle sehr lebhaft auch diesen Versuch der Herren Böhl (natl.), Liebert (freil.) und Wang (freil. Sp.), die Aufhebung des Oktrois abermals um weitere vier Jahre zu verschleppen. Sie betonten mit aller Entschiedenheit, daß bei einigem guten Willen die Stadtverwaltungen es in der Hand hätten, dem Gesetze nachzukommen. Es sei unverantwortlich, gerade den arbeitenden Klassen, auf denen die Lebensmittelsteuern vorzugsweise lasten, noch länger die Lebenshaltung auf diese Weise zu erschweren.

Die Debatte wurde auf morgen verlagert. Die Abstimmung wird dann eine namentliche sein, wie es die Sozialdemokraten mit Unterstützung einiger Freisinnigen beantragt haben, um die Mitglieder der bürgerlichen Parteien zu zwingen, in dieser Frage persönlich Mann für Mann Farbe zu bekennen.

### Erfasssteuern.

Wie die „Frankf. Ztg.“ sich telegraphisch aus Berlin melden läßt, wird der Bundesrat nicht erst, wie es sonst üblich ist, definitive Beschlüsse des Reichstages in zweiter Lesung oder auch nur der Kommission abwarten, ehe er sich über Änderungen und Ergänzungen seiner Steuerverordnungen schlüssig macht, sondern er wird das bereits in dieser Woche, wahrscheinlich übermorgen tun. Zu diesem Zweck werden die leitenden Minister und die Finanzminister der Bundesstaaten nach Berlin kommen. Sie werden vor allen Dingen beschließen, welche Steuerprojekte als sog. Erfasssteuern an Stelle derjenigen Steuerprojekte treten sollen, die bereits als ausrichtlos gelten können. Man wird also bald erfahren, ob eine Erhöhung des Kaffeegolles oder eine Kohlensteuer oder ein Quittungstempel oder eine Besteuerung von Versicherungsverträgen, oder was sonst genannt wird, versucht werden soll.

Auch der „Berliner Lokal-Anzeiger“ teilt mit, daß im Reichstagsrat für die als gefallen zu betrachtenden Steuern bereits teilweise Ersatzvor schläge ausgearbeitet worden seien; jedoch stehe noch nicht fest, welche von diesen außer der Erb- ansatzsteuer an den Reichstag gelangt werden, da man noch nicht wisse, wie hoch der finanzielle Bedarf sei, der nach Abschluß der Arbeiten der Finanzkommission noch zu decken ist. Nach diesem Bedarf werde sich die Auswahl der Erfasssteuern richten; deswegen sei auch mit den Bundesregierungen und den Führern der Wodparteien bisher noch keine Verständigung über die Erfasssteuern abgeschahnt worden.

### Ueber die Geschäftslage im Reichstage

wird berichtet: Am Mittwoch teilt der Senatorenkonvent zusammen, um der Finanzkommission die nötige Zeit zu ungehinderter Arbeit sicher zu stellen und sich schlüssig zu machen über die sonst noch zu erledigenden Aufgaben (Bankgesetz, Viehverordnungen, Reichsbüchereisatzordnung, Handelsvertrag mit Portugal, deutsch-amerikanisches Abkommen über geographische Reichsidmung,erner Nebereinkunft zum Schutze der Literatur und Kunst usw.). Es wird erhofft, daß diese Vorlagen nach den eingehenden stamminstruktions- verhandlungen im Plenum rasche Erledigung finden. Wenn irgend möglich, soll ferner die erste Lesung der Strosprochordnung und der Robelle zum Strafgesetzbuch vor Pfingsten stattfinden. Am nächsten Freitag teilt die Geschäftsordnungskommission wieder zusammen, zunächst um ihren Bericht über die bisherigen Arbeiten, die die Änderungen der Geschäftsordnung betreffen, festzustellen, und dann die Beratung der Anträge auf Änderungen der Verfassung, Ministerverantwortlichkeitsgesetz usw. zu beginnen. In dieser Beratung wird der Bundesrat Vertreter entsenden.

### Keine Viebesgaben.

Die „Freis. Ztg.“ scheint von der „Nordd. Allg. Ztg.“ die Vorrede für Dementis übernommen zu haben. Parteilosigkeit schreibt sie:

„Die demokratische und sozialdemokratische Presse hat sich bemüht, die Wör zu verbreiten, als ob die Freisinnigen die Zustimmung der Konservativen zur Erbschaftsteuer durch Auflösen des Widerstandes gegen die Brantwein-Viebesgabe einzuhandeln bereit seien. Das ist leeres Geschwätz, das nur den Zweck hat, Verwirrung zu erregen, und Mißtrauen gegen die Freisinnigen hervorzurufen.“

In Anbetracht der Prinzipien der Weller der „Freis. Ztg.“ hat dies Dementi genau so viel Wert, wie die schönen Dementis des Sangerhauseklers.

### Freisinnige Tagung hinter verschlossenen Türen.

Kommenden Sonntag findet in Langensalza der sechste Parteitag des Bezirks Nordhausen der Freisinnigen Volkspartei statt. In dem Bezirk gehören die Kreise Nordhausen-Grassanoth Dohrenstedt, Grub-Steinungen-Högenried, Mühlhausen-Langensalza-Weitzenhof, Sangerhausen-Eckardsberga, Schwarzburg-Sonderhausen und ferner die Teilbezirke Frankensachsen (Schwarzburg-Rudolstadt), Altmühl (Weimar I), Schwege (Schwege-Schmalldeden). Wie üblich, halten die das Tages- rath stehenden Wienerkassen die Tagung unter Ausschluß der Öffentlichkeit ab. Nur Delegierte sowie legitimierte Wienerlinge und „besonders geladene Freunde“ haben Zutritt.

In dieser Geheimtagung sollen, freisinnigen Zeitungen des Bezirks zufolge, hochwichtige Dinge von Allgemeininteresse besprochen werden.

Dem Parteitage geht tags zuvor eine Versammlung voraus, an der natürlich auch nur „Liberalsinnige“ teilnehmen dürfen. Träger, Wömer und Lewin-Werlin sollen über freisinnige Programmpunkte reden.

### Zur Reichsfinanzreform

nahmen am Montag in Köln und Buxtonen neun Protest- veransammlungen Stellung, die sehr zahlreich besucht waren. In allen wurde eine gleichlautende Resolution einstimmig angenommen, in der die Finanznot des Reiches als Folge der Mißwirtschaft erklärt, und das Bestreben, die Finanzkalamität durch Verschärfung bestehender und Einführung neuer indirekter Steuern, die die minderbemittelten Volksschichten schwer belasten, als unsittlich bezeichnet werden. Die Versammelten protestierten entschieden gegen die Erhöhung der Biersteuer, Branntwein- und Tabaksteuer, gegen die Erhöhung des Kaffeegolles und die Neueinführung von Steuern auf alkoholfreie Getränke, Süßholzwursten und Rohlen. Schließlich fordern die Versammelten: Erweiterung der Rechte der Volksvertretung und Ministerverantwortlichkeit, damit ein geordnetes, staatliches Finanzwesen Platz greifen könne. —

### Die gefährliche Arbeiterruhe am 1. Mai.

Der Kieler Polizeipräsident hat auf das Gesuch des sozialdemokratischen Vereins in Kiel, einen Reiseauszug zu genehmigen, einen ablehnenden Bescheid erteilt, der folgenden Wortlaut hat:

„Auf Grund des § 7 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 wird die Genehmigung zu dem von dem sozialdemokratischen Verein hierseits am 1. Mai dieses Jahres geplanten Umzuge verweigert, weil durch denselben noch Lage der Verhältnisse eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten ist. Es würde sich um einen Umzug mit geradezu unbegrenzter Teilnehmerzahl — der sozialdemokratische Verein zählt etwa 6000 Mitglieder — handeln, der mit Rücksicht auf den für denselben gewählten Tag den aus- gesprochenen Zweck hat, gegen die bestehende Staats-, Gesellschafts- und Arbeitsordnung zu demonstrieren. Die Veranstaltung eines solchen Demonstrationstages, der geeignet ist, den Widerstand der andersgeleiteten Menge herauszufordern und an dem voraussichtlich eine Menge Personen teilnehmen würden, welche an diesem Tage ohne Einvernehmen mit ihren Arbeitgeber die Arbeit meiden, und nicht nur diese, sondern auch ihre nichtstehenden Arbeitsgenossen schädigen, läßt befürchten, daß er Gelegenheits zu Unruhen und Ausschreitungen zwischen den einander gegenüber- stehenden Parteien und somit zu einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit Anlaß geben würde.“

Der letztere Grund ist durchschlagend. Der Herr Polizeipräsident traut zwar den Kieler Genossen nicht zu, daß sie die öffentliche Sicherheit gefährden würden, aber er meint befürchten zu müssen, daß die Reiseauszüge von ent- rücktesten Sozialistenkreisen angefallen werden könnten. Daß er diese Sorte Menschen dabei richtig einschätzt, müßten wir bezweifeln — gelassen mag es ihnen nach einer neuen Auflage der Schicht von Spengler — aber die Courage dazu dürfte ihnen angeht die „geradezu unbegrenzten Teilnehmerzahl“ doch mangeln. Deshalb konnte der Herr Polizeipräsident ohne Sorge um die öffentliche Sicherheit der Reisierenden den Umzug gestatten. Ledigens — würde der Herr Polizeipräsident von Kiel auch den Umzug eines Kriegervereins verbieten, wenn er zu der — freilich unbilligen — Ansicht käme, die Sozialdemokraten würden die Kriegervereine anfallen? Wir werten hundert gegen eins, daß der Herr Polizeipräsident in solchem Falle nicht an ein Verbot dächte, sondern seine Polizei bereit stellen würde, um die Kriegervereine zu schützen. Bei Sozialdemokraten und gar wenn sie den 1. Mai feiern, liegt die Sache „ganz anders“. Von wegen des gleichen Rechts!

Eine besser begründete Haltung nehmen in diesem Jahre die Behörden Sachsen-Meinungen zu den Forderungen auf Gestattung von Reiseauszügen ein. Jahrelang wurden in den Städten des Herzogtums, so in Saalfeld, Gräfenthal, Probstzella, die Reiseauszüge verboten, weil sie eine Demonstration seien, die auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung hinzielt. Das Ministerium bestätigte auf die erhobenen Beschwerden hin die Verbote. In diesem Jahre aber genehmigte der Saalfelder Magistrat den Reiseauszug und auch aus einer Reihe anderer meiningischer Orte liegen Nachrichten vor, daß man den Umzügen in diesem Jahre kein Hindernis in den Weg legt.

### Vom Balkan.

#### Die Unabhängigkeit Bulgariens.

Bulgarien hat die Wirtin in der Türkei benutzt, um die Anerkennung seiner Unabhängigkeit rasch durchzu- setzen. Das türkisch-bulgarische Protokoll, das Montag in Konstantinopel unterzeichnet wurde, erkennt Bulgarien einschließlich Ost- rumeliens als unabhängiges Königreich an und regelt die Entschädigung an die Pforte auf der Grundlage, die zwischen Bulgarien und Rußland vereinbart worden ist. Dagegen hat die Frage der Entschädigung der Orientbahnen noch keine Erledigung gefunden; diese bleibt vielmehr besonderer Regelung vorbehalten. Erst nach dieser werden Deutschland und Oesterreich die Unabhängigkeit anerkennen.

### Spanien.

#### Korruption.

Madrid, 20. April. In den Wandelgängen der Kammer lief gestern das Gerücht, der Personalchef des juristischen Bureau im Marineministerium habe vorgeschrien dem Sekretär des Bureau der Deputiertenkammer eine Anzeige wegen Untreue im Amte zu überreichen, verlaßt die sich gegen den Marineminister und seine Kollegen im Kabinett richtet und die Inerretion der Verordnungen für den Bau des neuen Geschwaders zum Gegenstand hat. Der Sekretär habe die Annahme der Klageschrift bezweigt. Darauf habe der Personalchef sie als Brief dem Kammerpräsidenten zugehen lassen. Als Zweifel an dieser Darstellung laut wurden, befragten einige Abgeordnete die Angehörigen des Bureau, die ihnen die Wichtigkeit der Vorgänge bekräftigten. Schließlich ließ es der Präsident habe geäußert, es sei kein Grund vorhanden, die Kammer von der Aufklärung, um die es sich handle, in Kenntnis zu setzen. In der Sitzung der Kammer teilte der Republikaner Soriano trotz der Bloße des Präsidenten und obwohl ihm das Wort entzogen wurde, mit, daß von einem Marineoffizier eine Anzeige gegen den Marineminister und die Regierung eingegangen ist.

Madrid, 20. April. Die erwähnte Anzeige des Marineauditors Macias lautet auf Verlesung der Amtspflicht. Sein Strafverfolgungsauftrag richtet sich gegen den Marineminister Ferrandis persönlich sowie gegen das gesamte Kabinett. Es herrscht hier eine ungeheure Erregung der öffentlichen Meinung. Die ministeriellen Kreise möchten den Schritt Macias auf gewisse Art zurückzuführen. Dieser jedoch, welcher einer der höchsten Posten in der Marinejustiz bekleidet, erklärt, er handle lediglich auf Pflichtgemäß, damit das spanische Volk nicht Hunderte von Millionen für völlig unbrauchbare Schiffe opfere.

### Rußland.

#### Der Zar und die Schwarzen Hunderte.

Der Zar überwiegt dem „Nykhoje Sobranje“, der Petersburger Bogromissionenorganisation, 100 000 Rubel zum Bau eines eigenen Hauses. Die Reaktionen des Reichstages können über zarische Un- dankbarkeit nicht klagen.

### Persien.

#### Die Intervention Rußlands.

Petersburg, 20. April. Nach Mitteilungen des General- konsulats in Täbris beabsichtigt die durch Hunger zur Verzweiflung getriebene Stadtbevölkerung, mit Fidais an der Spitze, die armenischen Stadtteile und die dort befindlichen Konsulate Rußlands und Englands auszu- plündern, um Brot zu erlangen. Die Führer der Bewegung rechnen offenbar darauf, auf diesem Wege und in dem äußersten Falle auch durch Ermordung eines Konsuls eine Einmischung Rußlands hervorzuwirken, die die Uebergabe von Täbris an die Truppen des Schahs verzögern und den Revolutionären ermöglichen wird, sich zu verbergen. Im Hinblick auf diese Sachlage beauftragte die russische Regierung ihren Vertreter in Teheran, vom Schah kategorisch die Verfügung zu fordern, daß un- terzüglich für die ausländischen Konsulate, Institute und Unter- tanen sowie für die friedliche Stadtbevölkerung Lebens- mittel in genügender Menge nach Täbris durch- gelassen werden. Dabei wurde dem Geschäftsträger vor- geschrieben, der persischen Regierung zu erklären, daß die Nichterfüllung dieser Forderung Rußland nötigen werde, sofort entschiedene Maßnahmen zur Wiedereröffnung der Straße nach Täbris mit Waffengewalt zu ergreifen, um dorthin Proviant zu schaffen und die russischen und anderen ausländischen Institute und Untertanen in der Stadt zu schützen.

#### Waffenstillstand.

Teheran, 20. April. (Melbung des Reuterschen Bureau.) Infolge der ersten Vorstellungen des englischen und des russischen Gesandten willigte der Schah heute in einen sechs- tägigen Waffenstillstand vor Täbris ein. Hierdurch soll die Möglichkeit gegeben werden, die Stadt mit Lebensmitteln zu versehen und dadurch zu verhindern, daß hungerige und verzweifelte Elemente die Konsulate angreifen.

### Aus der Partei.

#### Zur Mafseier.

Der Beschluß des Würzburger Parteitages auf Ab- gabe des Tagesarbeitsverdienstes am 1. Mai wurde auch in der Parteiversammlung in Chemnitz von einigen „Inter- essenten“ bemängelt. Auch Anträge, die dem Beschluß eine besondere Auslegung geben wollten, wurden gestellt. Sie fanden aber nicht einmal Unterstützung bei der Versammlung, die schließlich gegen nur wenige vereinzelte Stimmen folgendem Beschlusse zustimmte: Die heutige Parteiversammlung des sechs- tägigen Reichstagswahlkreises beschließt gemäß dem Beschlusse des Würzburger Parteitages, alle Genossen, die am 1. Mai feiern und ihren Lohn erhalten, aufzufordern, ihn an die Partei- oder Gewerkschaftskasse abzuliefern.“

Aus Stuttgart wird uns geschrieben: In Nr. 77 des „Vorwärts“ wird aus Stuttgart berichtet, die Holzarbeiter haben die Arbeiterruhe am 1. Mai be- fräufelt, dagegen hätten die Metallarbeiter die Arbeiterruhe abgelehnt. Diese Mitteilung entspricht nicht den Tatsachen, denn die Metallarbeiter haben bis jetzt (3. April — das Schreiben gelangt infolge eines Versehens verspätet zum Ab- druck) in keiner Versammlung einen Beschluß zur Arbeiterruhe am 1. Mai gefaßt. Dagegen hat die Ortsverwaltung, wie in den Monatsberichten, beschließen, die Arbeiterruhe von Mitgliedern überall dort zu empfehlen, wo sie weder Verletzung noch Entlassung zur Folge hat. Hat die Arbeiterruhe Verletzung zur Folge, sollen die Mitglieder entscheiden, ob sie feiern wollen oder nicht; sind Ent- lassungen oder gar Ausperrungen die Folgen, wird den Mitgliedern empfohlen, von der Arbeiterruhe Abstand zu nehmen. Die Ent- scheidungen über die Arbeiterruhe werden nicht in einer Mitgliederver- sammlung, sondern in Betriebsversammlungen gefaßt.

Der genehmigte Beschluß der Holzarbeiter wurde in einer Mit- gliederversammlung mit 22 gegen 24 Stimmen gefaßt, obwohl die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes und 8000 Mitglieder zählt. In einer außerordentlichen Generalversammlung des Kreis- organisations Effen gab der Genosse Brant im Auftrag der im Betriebe der „Arbeiterzeitung“ tätigen Buchdrucker die Erklärung ab, daß der Parteitagbeschlusse, wonach Angehörige der Partei einen Betrag in der Höhe eines Tageslohnes an die Parteikommission zahlen sollen, für sie keine Wichtigkeit habe. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem „Dort! dort!“ aufgenommen.

Zur Mafseier schloß sich die Kreisversammlung von Müll- hausen i. G. dem Beschlusse des Ortsvereins Müllhausen an, daß die gemäß dem Beschlusse des Würzburger Parteitages abgeleiteten Beiträge (Tagesverdienst) der feiernden Parteimitglieder, die infolge der Feier keinen Lohnabzug erleiden, zur Verstärkung des Fonds für ein Volkshaus in Müllhausen dienen sollen, soweit sie zur Entschädigung für Gemaßregelung nicht benötigt werden.

Nach den in der Versammlung erfolgten Mitteilungen wird die Arbeiterruhe in der Großindustrie an diesem 1. Mai eine Er- weiterung erfahren.

#### Keine Doppelkandidaturen.

Im 37. ländlichen sächsischen Wahlkreis, den bisher Genosse Goldstein im Landtage vertreten hat, wurde Genosse Karl Sindermann aus Dresden als Kandidat aufgestellt. Die Wiederanstellung des Genossen Goldstein müßte unterbleiben, da die sächsischen Landtagswahlen beschließen hat, daß Reichstags- und Landtagsmandate nicht in einer Person vereinigt werden sollen.

Vom Fortschritt der Presse. Um den Betrieb des „Voll- blatt für Bochum“ erweitern zu können, wozu die steigende Verbreitung nötig hat, hat der Verlag des „Vollblatts“ in der Zwangs- verflegerung ein Grundstück, in dem früher eine bürgerliche Zeitung herausgegeben wurde, erworben. Unter Bochumer Parteilagen wird also demnächst das eigene Heim bezogen.

Warnung. Im westlichen Deutschland reißt ein junger Mann namens Jakob Schwarz und sucht die Parteigenossen zu brandshagen. Er legt ein mit der Schreibmaschine hergestelltes Arbeitszeugnis vor, unterzeichnet mit: Parteisekretär Max König in Dortmund. Handchriftlich ist nach der Nachschlüssel angefügt, worin die Genossen erhalt werden. Schwarz, der ein tüchtiger Parteigenosse sei, durch Arbeit oder Geld zu unterstützen. Das ganze Schreiben ist aber gefälscht und der Mann ein Schwindler. Da es ihm bereits gelungen ist, auf Grund dieser falschen Anweisung in Kläden Gelder zu erschwindeln, wird dringend vor ihm gewarnt. Alle Genossen, die bereits von Schwarz geworben worden sind, werden ge- beten, Nachricht an den Parteisekretär Max König, Dortmund, Nr. 5, gelangen zu lassen.

Eine unverfrorene Payrollaktion setzten in Dresden die Ab- zahlungsgeschäfte gegen unser Parteiorgan, die Dresden er „Vollzeitung“, in Szene. Weil die „Vollzeitung“ das rigorose Vorgehen einzelner Abzahlungsgeschäfte gegen ihre Kunden an der Hand eines Berichtes des Arbeitersekretariates gebührend kritisiert hatte, beschlossen die Inhaber der Dresdener Ab- zahlungsgeschäfte, die Dresdener „Vollzeitung“ ein Jahr lang zu boykottieren, d. h. ihr während dieser Zeit keine Aufträge aufzugeben. — Die Herren Firmeninhaber vermühten wohl aus ihren Erfahrungen mit gewissen bürgerlichen Wählern, daß sie auf diese Weise die Kritik stumm machen können. Sie werden bald erkennen, daß der teigliche Inhalt eines sozialdemo- kratischen Blattes vom Inzeratenteil aus nicht zu beeinflussen ist.



**Reichstag.**

248. Sitzung vom Dienstag, den 20. April, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Kommissare.

Auf der Tagesordnung stehen

**Petitionen.**

Eine große Zahl von Petitionen werden debattiert nach den Beschlüssen der Kommission erledigt. Darunter durch Uebergang zur Tagesordnung eine Petition auf Bewilligung einer Subvention für die deutsche Friedensgesellschaft. Dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen wird eine Petition des Gemeinderats von Pant bei Wilhelmshaven, der auf Anrechnung der dort anwesigen Maurer, Zimmerer, Bau- und Erdarbeiter darum bittet, daß zu allen aus Reichsmitteln gezahlten Arbeiten innerhalb des Reiches nur deutsche Arbeiter beschäftigt werden. Ebenso eine Petition auf Sicherung des Koalitionsrechts der Privatangehörigen.

Dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen wird eine Petition, welche die Aufnahme der weiblichen Angestellten in die obligatorische Krankenversicherung wünscht, sowie eine Petition, in der um die Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherungsspflicht auf Portier und Hausangestellte gebeten wird. Desgleichen eine Petition, in der die Ausdehnung der Haftpflicht der Eisenbahnen einschließlich der Klein- und Straßenbahnen auf Sachschäden gewünscht wird.

Der Vorstand des Deutschen Müllerverbandes, dem sich eine Reihe anderer Müllervereinigungen sowie verschiedene Handelskammern angeschlossen haben, petitioniert um Maßnahmen, durch welche eine übermäßig große Ausfuhr von deutschem Getreide verhindert werde. Die Kommission schlägt vor, hierüber zur Tagesordnung überzugehen. Die Gewerbetamler Dresden, der Verband deutscher Lohnführer, der Zentralverband deutscher Vätervereinigungen und der deutsche Handwerks- und Gewerbetamlerverband petitionieren um die Wiedereinführung des Identitätsnachweises, die Aufhebung aller Ausnahmestufen für Brot, Getreide und Mehl auf deutschen Eisenbahnen und die Herabsetzung der Gültigkeitsdauer der zollfreien Einfuhrscheine von sechs auf drei Monate. Die Kommission beantragt, diese Petition dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Der Rat und die Stadtverordneten von Dresden, denen sich eine Reihe anderer Städte angeschlossen haben, petitionieren um die Verlängerung der in § 13 des Zolltarifgesetzes für Befreiung der städtischen Verbrauchssteuer auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andere Mühlenfabrikate, Backwaren, Vieh, Fleischwaren und Fett festgesetzte Frist bis zum 31. Dezember 1917. Die Kommission schlägt Uebergang zur Tagesordnung vor.

Auf Vorschlag des Präsidenten Grafen Stolberg sollen diese drei Petitionen gemeinschaftlich beraten werden.

Abg. Wölzl (natl.) bittet die Beratung dieser Petitionen an die Spitze zu stellen.

Abg. Sasse (Soz.): Ich bitte die Beratung der Petitionen in der Reihenfolge vorzunehmen, wie sie auf der Tagesordnung stehen. Unter denen, die nach dem Antrag Wölzl zurückgelegt werden sollen, befinden sich solche, die schon seit Jahren auf der Tagesordnung gestanden haben und sehr dringender Natur sind.

Der Antrag Wölzl wird angenommen; es wird in die Beratung der genannten 3 Petitionen eingetreten.

**Abg. Emmel (Soz.):**

Als im Jahre 1903 der neue Zolltarif geschaffen wurde, wurde in § 13 Vorbehalte getroffen, daß die durch den Zolltarif schon erheblich verteuerten Lebensmittel nicht noch stärker belastet werden könnten. Der städtische Oktroi sollte bis zum Jahre 1910 aufgehoben werden. Jetzt wird darum gebeten, die Frist bis zum 31. Dezember 1917 zu verlängern, und in der Petitionskommission haben sich die Vertreter der Regierungen dafür ausgesprochen. Der Vertreter des preussischen Finanzministers wies auf die schwindende Finanzlage der Städte hin. Die Städte wußten aber, was kommen werde und hatten reichlich Gelegenheit, eine Veränderung des bei ihnen be-

stehenden Zustandes herbeizuführen. Wenn zum Ersatz des Oktrois die direkten Steuern der städtischen Bevölkerung erhöht werden müßten, so werden davon doch in erster Linie die besitzenden Klassen getroffen. Die leistungswächeren Volksschichten haben ein größeres Interesse daran, daß die Steuern auf direktem Wege erhoben werden als auf indirektem. Die Vertreter von Bayern und Elsaß-Lothringen wiesen darauf hin, die Städte seien infolge der mangelhaften Kommunalsteuereinzahlung nicht in der Lage gewesen, ihre Steuern so schnell anders zu regeln. Aber die Regierungen von Bayern und Elsaß-Lothringen haben seit 1902 reichlich Gelegenheit gehabt, die Kommunalsteuergesetze zu ändern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokr.) Der Vertreter der elsäß-Lothringischen Regierung nannte den Oktroi geradezu das Rückgrat der städtischen Finanzpolitik. Das ist ganz falsch. Wäre es aber richtig, so würde diese Finanzpolitik ein sehr unheimliches Rückgrat haben, das unter allen Umständen befestigt werden müßte. Ferner wies er darauf hin, die Kommunen würden ohne die Verlängerung der Frist in große Verlegenheit kommen. Aber schon am 7. Dezember 1908 hat der Straßburger Gemeinderat Vorbehalte getroffen, die ausfallenden Steuern durch andere indirekte, z. B. durch eine Lage auf Bier, zu ersetzen. Er hat im ganzen 785 000 M. neuer Steuern geschaffen, um den Ausfall zufolge des § 13 des Zolltarifgesetzes zu decken. Weidliches ist in Kolmar, Metz, Saargemünd geschehen. Würde man jetzt nach den Wünschen der Petition die Frist verlängern, so würden diese Städte den jetzt geschaffenen Ersatz weiter erleben, außerdem aber würden sie auch den Oktroi auf die Lebensmittel weiter erheben, und die Folge würde sein, daß die direkten Steuern heruntergesetzt werden, also das direkte Gegenteil von dem, was der § 13 des Zolltarifgesetzes wollte. Während man in Frankreich immer mehr zur Befreiung des Oktrois schreitet, und statt dessen direkte Steuern einführt, klagen bei uns die Ausführungen einzelner Regierungsvertreter in der Kommission geradezu wie eine Aufforderung an die Gemeinden, neue indirekte Steuern einzuführen, also das Entgegengesetzte zu tun von dem, was der Reichstag wollte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten stehen ja auf dem Standpunkt, daß alle indirekten Steuern zu befeitigen und durch direkte zu ersetzen sind. Aber dieser prinzipielle Standpunkt kommt hier gar nicht in Frage, hier müßten sich auch die bürgerlichen Parteien gegen die Verlängerung der Frist wenden, zumal die Städte schon Vorbehalte für den Ausfall getroffen haben. (Zuruf aus dem Centrum: In Elsaß, aber nicht in Bayern!) Auch die bayerische Regierung hätte länger für eine entsprechende Aenderung der Kommunalsteuergesetzgebung eintreten können. Ich bitte Sie, der Petition nicht zuzustimmen, sondern einfach zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Wölzl (natl.): Im Prinzip bin ich auch dafür, daß die Städte den Oktroi aufheben. Aber der Not gebührend, nicht dem eigenen Triebe, muß ich jetzt doch für die Petition eintreten. Eine ganze Reihe von Städten, namentlich in Bayern, würden, wenn der Oktroi jetzt aufgehoben würde, in schwere Verlegenheit kommen. Die ungünstige Finanzlage der bayerischen Gemeinden ist von dem Abg. Spitz in der bayerischen Kammer und von der „Münchener Post“ anerkannt worden. Leider hat Herr Spitz keine Erfahrungsbeispiele vorgetragen (Redner bei den Sozialdemokraten.) — Weitere Ausführungen des Redners bleiben bei der unruhigen Unaufmerksamkeit des Hauses unverständlich. — Redner tritt für Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung ein.

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.) spricht sich im Namen der Mehrheit seiner Fraktion im Sinne und für den Antrag des Vorredners aus.

Abg. Dr. Wagner-Sachsen (L.) spricht sich im Namen der großen Mehrheit seiner Partei ebenfalls für den Antrag Wölzl aus. Abg. Wang (fr. Sp.) ist, wie der Vorredner, grundsätzlich gegen städtische Verbrauchssteuern, aus praktischen Erwägungen aber für vorläufige Beibehaltung der Oktrois und für den Antrag Wölzl. Vor Vollendung der bayerischen Finanzreform können die bayerischen Städte nicht auf die Einnahmen aus den Verbrauchssteuern verzichten.

Abg. Baffermann (natl.) bittet, es beim Antrag der Kommission bewenden zu lassen. Im Sinne sozialen Ausgleiches sei beim Zolltarif die Aufhebung der städtischen Oktrois beschlossen worden. Diese Aufhebung und die Witwen- und Waisenversicherung waren die

Kompensationen für die Erhöhung der Lebensmittelpreise. Im Einklang mit einer großen Anzahl seiner politischen Freunde ist Redner der Ansicht, daß es sich nicht empfiehlt, am Zolltarifgesetz zu rütteln, das ein einheitliches Ganzes sei.

Der stellvert. Bundesratsbevollmächtigte Geheimrat Strögenreuther bittet den Reichstag, dem Wünsche der Petenten nachzukommen. Die bayerische Regierung und die bayerischen Gemeinden konnten sich keineswegs, wie der Abg. Emmel behauptete, auf das Gesetz einrichten.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtiger Geheimrat Fischer schließt sich dem Vorredner an, auch die sächsischen Städte können die Steuern, die ihnen durch den § 13 des Zolltarifgesetzes genommen werden sollen, nicht entbehren.

Abg. Dr. Heinze (natl.): Ich will ebenfalls die Wünsche der Petenten unterstützen. Der Ersatz des Ausfalls durch den Oktroi wird nicht nur durch direkte Steuern erfolgen, sondern auch durch andere indirekte erfolgen. Daß die Frist zur Aufhebung des Oktrois verlängert wird, ist für die sächsischen Städte auch deshalb wichtig, weil wir in Sachen vor einer Neuordnung der Kommunalabgabengesetzgebung stehen.

Abg. Gerlein (fr. Sp.): Die ungünstige Lage der Städte ist nicht durch die Aufhebung des Oktrois verschuldet, sondern durch die Zollgesetzgebung, welche die Lebensmittel verteuert hat und dadurch zur Erhöhung der Beamtengehälter genötigt hat. (Zustimmung links.) Der § 13 des Zolltarifgesetzes ist seinerzeit mit erheblicher Mehrheit angenommen. Die Gründe, die jetzt für die Hinanspruchung des Termins geltend gemacht werden, zeigen, daß die Herren der städtischen Oktroi überhaupt nicht aufgeben wollen. Ich bitte namens der freimüthigen Fraktionsgemeinschaft, nach den Kommissionsbeschlüssen über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Nur wenige Mitglieder der Fraktionsgemeinschaft werden für den Antrag Wölzl stimmen, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen, mit der Beschränkung allerdings, die Frist nicht bis 1917, sondern nur auf fünf Jahre, bis zum 31. Dezember 1914 zu verlängern.

Abg. Werner (Antif.) unterstützt den Antrag Wölzl. Vizepräsident Dr. Pausche: Es ist ein genügend unterstützter Antrag eingegangen, über den Antrag der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung resp. über den Antrag Wölzl namentlich abzustimmen. Die Abstimmung wird morgen stattfinden.

Abg. Speck (Z.): Trotz meiner prinzipiellen Gegnererschaft unterstütze ich doch den Antrag Wölzl in Rücksicht auf die Finanzlage namentlich der bayerischen Städte, in denen die direkten Steuern erheblich höher sind als in Preußen.

Abg. Geheimrat Straß bittet, der Petition zuzustimmen. Da schon durch die Ausdehnung des „Rinderpreilgesetzes“, durch die wirtschaftliche Depression um die Gemeinden mit Einnahmefällen bedroht sind, so würde die Aufhebung des Oktrois am 1. April 1910 für manche Städte geradezu ruinierend sein. Die Herabschiebung der Aufhebung um vier Jahre sei dringend zu empfehlen.

Abg. Pauli-Potsdam (L.) tritt im Namen eines Teiles seiner politischen Freunde und unter dem Beifall der Linken für den Kommissionsantrag ein. Die Kommunen haben acht Jahre Zeit gehabt, sich auf die Aufhebung des Oktrois vorzubereiten. Das war doch lange genug. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es liegt gar kein Grund vor, die Galgenfrist zu verlängern. Das städtische Oktroi war schon vor 20 Jahren nicht mehr zeitgemäß. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mit Jollen an der Landesgrenze ist das aber ganz etwas anderes. An der wirtschaftlichen Depression tragen die konservative Partei und die Sozialpolitik keine Schuld. Herr Gothein sollte das freimüthige Dresden bewegen, dem Beispiel des konservativen Potsdam zu folgen und das Oktroi aufzuheben. Die gute Hälfte der konservativen Partei ist für den Kommissionsantrag.

**Abg. Hildenbrand (Soz.):**

Entgegen der sonstigen Gepflogenheit beteiligen sich heute Regierungsvertreter an der Diskussion über Petitionen. Sie schweigen, wenn es sich um Petitionen zugunsten der Arbeiterinteressen handelt; sie sind aber bei der Hand, wenn Petitionen die Fortdauer schwerer Belastungen der Arbeiterschaft fordern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Paragraph des Zolltarifs, der die Aufhebung des

**Kleines feuilleton.**

Schlimme Geschenke. Fröhchen bekommt vom Vater eine Trompete. Drei Tage herrscht große Freude. Am vierten kann Mama das Gefährte nicht mehr vertragen. Am fünften wird Papa im Mittagschlaf gestört. Das ewige Getöse wird unterbrocht. Fröhchen kann sich trotzdem nicht zurückhalten. Die Trompete wird eingeschlossen. Wehe! Der halbtrotzige Junge erhält eine Tracht Prügel. Es ist nicht auszuhalten mit ihm, der eine Trompete geschenkt bekam und nicht blasen sollte. . . . Hannu erhält Schiffe, Hade und Sandeimer. Die Familie lebt in einer großstädtischen Mietkaferne. Auf dem Hofe werden die Kinder nicht geduldet. Die Mutter oder das Dienstmädchen haben keine Zeit, mit der Kleinen auf den Spielplatz zu gehen. Bittere Tränen. Das Kind will keine Verneinung annehmen. Es ist unaufrichtig, denn es hat Schiffe, Hade und Sandeimer und soll nicht im Sand spielen. . . . Ein Junge bekommt eine Laterna magica, und aus Angst vor der Feuergefahr wird sie eingeschlossen. Ein kleiner Bengel erhält ein mechanisches Spielwerk, und nach drei Stunden ist der zornige Mechanismus gelockert. Der Vater wütet, der Junge heult. Die Geschenke, die den Kindern Freude bereiten sollten, sind zu einer Quelle des Argers und der Erbitterung geworden! Sie mußten es werden. Wer garke Herzen hat und sein Mittagschlafchen braucht, schenke seinem Kinde keine Musikinstrumente. Ein Bauer hätte wahrscheinlich die vermeintliche Störigkeit und Ungehorsamkeit nie verursacht. Die Eltern verlangen von ihren Kindern unbedingten Gehorsam. Aber ist es nicht unflug, die Willkürlichkeit in nebensächlichen Dingen zu provozieren? Das Kind muß es doch als eine willkürliche Unbill empfinden, wenn man ihm ein Spiel in die Hand gibt — mit dem Verbot der Benutzung. Beim Einkauf sollte daher gut überlegt werden, was in dem besonderen Falle wirklich geeignet ist, welches Spielwerk durch die Verhältnisse ausgeschlossen oder geboten erscheint. Wer ein Kind beschenkt, sollte sich vergewissern, daß seine Gabe praktisch, daß ihre Benutzung durch das Kleine möglich und daß sie schließlich der häuslichen Ruhe nicht nachteilig ist. Das ist die Humanität des Schenkers, der gewiß vor dem Gedanken zurückerschrecken wird, durch keine Freundlichkeit Kindern wie Eltern peinliche Stunden zu bereiten. — Die Kleinen Verbote festhalten nur das Verhältnis der Eltern zu ihren Kindern. Der kluge Vater baut, einem geschickten Diplomaten gleich, vor. Er suggeriert dem Kleinen als eigenen Wunsch, was er von ihm verlangen würde. Das Kind will gern, tut von selbst, was es auf ein Nachgeben nur widerwillig leisten würde. Ein Beispiel: Ein dreijähriger Junge spielt im Schreibzimmer des Vaters. Er erhält ein paar Bilder, Drucksachen usw., die bald im Zimmer umherliegen. Der Junge soll schließlich die Papierschnitzel wieder aufräumen. Der Vater kann daraus eine kleine Pflicht machen, deren Langweiligkeit der Kleine sich wahrscheinlich zu entziehen sucht. Anders, wenn er das Aufräumen selbst zum Spiel erhebt. Er nimmt den Papierkorb, zeigt dem Jungen, wie lustig die Papierschnitzel in den großen Strohhorn fliegen. Er weckt die Freude an der neuen Tätigkeit. Und bald liegt kein Endchen mehr umher. Ja, in einem Falle ist es vorzuziehen, daß der Vater den Knorb noch einmal aufräumen muß, weil der Junge so große Lust zum Aufräumen bekommen hat. Also es geht auch ohne schroffen Befehl, ohne widerwilligen Gehorsam, ohne Tränen. Ein bishiger Diplomat und Verständnis für die Natur

des Kindes sind allerdings erforderlich. Die meisten Eltern müssen sich ärgern, weil sie planlos fordern und planlos schieben. Wer Folgsamkeit verlangt, schaffe auch die Voraussetzungen dafür. Man bedenke, an besten wird der Befehl ausgeführt, der schon ein Wunsch des Kindes war, am geeignetsten ist das Geschenk, das uneingeschränkt dem Kleinen überlassen werden kann. Alle unpraktischen Gaben, die Verbote und Strafen verursachen, sind folterwerkzeuge. Bemühen wir uns, doch ein bißchen human zu sein, wo es eigentlich selbstverständlich wäre. Paul Westheim in der „Dürer-Bundes-Korrespondenz“.

Die neue Erkundung des südwestlichen China. Das südwestliche China nimmt innerhalb des Großen Reiches eine Stellung für sich ein. Die dazu gehörigen Provinzen Szechwan, Szeitchou und Yunnan sind vor allem erheblich gebirgig und damit unzugänglicher als die östlichen benachbarten Provinzen, die beispielsweise der Durchquerung durch die große mit deutschem Kapital zu bauende Eisenbahn von Hankau nach Canton nicht ein einziges erhebliches Hindernis entgegenstellen. Infolgedessen bilden die Provinzen des südwestlichen China auch eine besondere Interessensphäre für den europäischen Export, der dort hauptsächlich durch England und Frankreich vertreten wird. Namentlich ist es die Provinz Yunnan, die seit etwa einem Jahrzehnt von diesen beiden Nationen, die an Birma einerseits und an Tonking andererseits angrenzen, eifrig umworben wird. Die Franzosen haben dadurch einen Vorsprung gewonnen, daß sie demnächst eine Eisenbahn von ihrer Grenze bis nach der Hauptstadt der chinesischen Provinz eröffnen werden, während von Birma aus der Bau einer Eisenbahn entweder unmöglich oder doch nur mit außerordentlichem Aufwand an Geld und technischer Arbeitskraft auszuführen wäre. In der Erkundung von Yunnan haben England und Frankreich während der letzten Jahre ungerührt Gleiches geleistet, Frankreich mehr durch Erlundung der Bodenerhältnisse und der Bewohner, England mehr durch die Aufnahme vorzüglicher Karten. Einer der Führer der englischen Arbeiten, Major Davies, hat jetzt in Cambridge (Universitätsdruckerei) ein großes Werk erscheinen lassen, das für die Kenntnis dieser, namentlich durch ihren außerordentlichen Reichtum an Metallen wichtigen Provinz, für längere Zeit grundlegend sein wird. Dies Werk bezieht sich namentlich auf die praktische Seite, die das Buch begleitet und die Ergebnisse aller neuen englischen Aufnahmen enthält. Die Schilderung führt den Leser kreuz und quer durch Yunnan und stellenweise etwas über seine Grenze hinaus auf den Spuren der englischen Offiziere, die bei ihrer Aufnahmearbeit ein dichtes Netz von Routen über das ganze Gebiet gesponnen haben. Zu ihnen gehörte auch der Kapitän Watts-Jones, der später in Nord-China, wo er unglücklicherweise gerade in die Zeit des Vorergriffes geriet, in der Großstadt Pekingwahung von einem tückischen Mandarin durch eine Einladung zum Mahl in einen Hinterhalt gelockt und dann ermordet wurde; sein Begleiter Birch war kurz vorher im Gelben Fluß ertrunken. Das neue Werk bietet aber nicht nur einen ansehnlichen Vorrat durch die Schilderung der Reiseerlebnisse, der Landschaft und der Bevölkerung, sondern es behandelt in besonderer Weise auch allgemeine Gegenstände, die gerade in der Gegenwart von großem Interesse sind. So finden sich darin Abschnitte über die verschiedenen Eisenbahnpläne zwischen Birma und China, ferner über die Bodenschaffenheit, die Bevölkerungsverhältnisse, das Klima und die Erzeugnisse von

Yunnan, über die Ausichten der französischen Yunnan-Eisenbahn mit Rücksicht auf den Handel, über eine neu vorgeschlagene Eisenbahnverbindung von Britisch-Birma nach China hinein. Eine besondere Anerkennung verdient endlich eine ausführliche Abhandlung über die hochinteressanten Urstämme von Yunnan, ihre Sitten und ihre Sprache, da diese Völker bisher wenig erforscht waren, obgleich ihre Erkundung für die Ethnologie Ostasiens von größter Wichtigkeit ist.

**Humor und Satire.**

Reinhardt's Häute. „Können Sie gut rechnen?“ fragte Reinhardt einen seiner vielbeschäftigten Dramaturgen, der gerade furchtbar viel freie Zeit hatte. — „O ja,“ erwiderte dieser, „was man so fürs Haus braucht.“ — „Also hören Sie: Ich habe jetzt drei Häute, drei Wephistos, drei Greten, drei Kamuliffe, überhaupt von jedem drei.“ — „Was ist das, Herr Direktor?“ — „Das ist sehr einfach, Herr Direktor: Jeder Haut kann mit jedem Wephisto austreten, das ergibt 9 Kombinationen. Jede dieser Kombinationen läßt sich mit 3 Greten kombinieren, macht 27. Rechnen wir hierzu noch 3 Marthen, 3 Valentine, 3 Schiller, so ergibt dies 3 zur letzten Potenz, also 6561 verschiedene Befegungen.“ — „Das läßt sich hören!“ Da jede dieser Befegungen eine Novität darstellt, so getomme ich dadurch 6561 Erstausführungen und bin auf mehr als achtzehn Jahre versorgt.“ — „Und wenn hundert Zeitungen darüber Referate bringen, so macht dies 656 100 Artikel.“ — „Das genügt mir vorläufig. Hat doch keine schlechte Idee, die Sache mit der dreifachen Befegung!“ („Lustige Blätter“.)

**Notizen.**

Das Pariser Beethoven-Denkmal. Vor einiger Zeit hat sich in Paris ein Komitee zur Errichtung eines Denkmals für Beethoven gebildet. Ein Fonds wurde zusammengebracht und die Ausführung des Denkmals dem Bildhauer Josef de Chormoy übergeben, der sich durch sein Baubelaité-Komment als ein feinfühligster und gestaltungskräftigster Plastikler erwiesen hat. Das Werk ist jetzt provisorisch unter den Bäumen der Gärten am Quai d'Orsay aufgestellt, damit seine Wirkung im Sonnenlicht erprobt werden kann. Beethovens Gestalt bietet sich in einer einfachen Drapierung dar, die nur die großen Linien der Figur rein und frei herausstreifen läßt. Er ist halb aufgerichtet und scheint aus einem Träume zu erwachen. Der mächtige Unterbau wird gestützt von vier kraftvollen Geulen, die sich an die Ecken eines massiven Piedestals lehnen und auf einer breiten Plattform ruhen. Die Füge dieser Rhythmen und triumphierenden Träger spiegeln Kraft, Schmerz, Mühe und Entsetzen. Die schwebenden wuchtigen Linien des Werkes fügen sich zu einer dramatisch imposanten Massenwirkung von eindrucksvoller Macht. — Der Amerikaner Wellmann will in diesem Jahre seinen Versuch, den Nordpol zu erreichen, wieder aufnehmen. Das zu diesem Zweck erbaute Motorluftschiff ist bereits fertiggestellt. Es ist 56 Meter lang und hat einen Durchmesser von 16 Meter. Der zigarrenförmige Tragkörper hat 8500 Kubikmeter Inhalt. Eine dreifache Schicht gummierten Baumwolltuches und Leinwand bildet die Hülle. Die Gondel, die drei Personen, mehrere Jugendliche, zwei Schützen, ein Boot, 3 Kubikmeter Vorräte für den Motor, Lebensmittel usw. mitnehmen soll, ist 37 Meter lang; sie ist ganz aus Stahlblech erbaut. Der Antriebsmotor ist ein Benzinmotor mit 80 Pferden Leistung.

Oktroi fordert, ist doch mit Zustimmung der verbündeten Regierungen beschlossen worden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und jetzt kommen Regierungsvertreter und reden der Forderung das Wort, das Inkraftsetzen dieser Bestimmung noch weiter hinauszuziehen! — Patriarche Geheimräte stellen sich hin und sprechen von der schweren Belastung der Gemeinden: von der Belastung, die den Arbeitern aus der doppelten Besteuerung notwendiger Lebensmittel erwächst, sich zu zeigen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Vorredner hat eben sehr richtig ausgeführt, daß Potsdam das Oktroi abgeschafft hat und daß das, was Potsdam kann, doch auch andere Städte können. (Sehr wahr! links.) Jetzt den säumigen Städten eine Verlängerung der Frist zu gewähren, wäre geradezu ein schweres Unrecht gegen die Gemeinden, die in loyaler Weise den Reichstagsbeschlüssen ausgeführt und das Oktroi abgeschafft haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So haben wir in Stuttgart schon vor einem Jahre die Fleischsteuer beseitigt. Auch die Gemeinde Strahburg hat bereits neue indirekte Steuern im Betrage von 767 000 M. beschlossen, und die Annahme des Antrages Wölzl würde somit eine

**doppelte Belastung der arbeitenden Bevölkerung**

Strahburgs sein. Der sächsische Geheimrat Fischer meinte, Dresden würde durch die Aufhebung schwer geschädigt werden. Aber die übrigen Städte Sachsens kommen ohne das Oktroi aus, und da kann es auch die Hauptstadt Dresden. Den wahren Grund des Widerstandes gegen den § 13 des Zolltarifgesetzes hat Herr Geheimrat Fischer verraten, als er sagte, wenn 1910 der Oktroi aufgehoben würde und die direkten Steuern erhöht würden, müßte er es sich überlegen, ob er nicht nach Berlin mit seinen geringeren direkten Steuern ziehen solle. Der wahre Grund ist die

**Angst der besitzenden Klassen vor größerer direkter Steuerbelastung**

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch dem preussischen Regierungsvertreter muß ich sagen, wenn in Preußen nur eine Minderheit von Kommunen, wie er sagt, den Oktroi haben, die Mehrheit also ohne ihn auskommt, so muß auch die Minderheit sich ohne den Oktroi einrichten können. Weiter meinte er, gerade jetzt sei die Aufhebung des Oktrois nicht zu empfehlen, weil die Städte zufolge der wirtschaftlichen Depression Einnahmeverluste haben. Aber gerade die Arbeiter werden durch diese Depression am schwersten betroffen, und deshalb sollte man sie durch den Oktroi nicht noch einmal treffen. Die Vertreter aller Parteien haben hier erklärt, prinzipiell seien sie Gegner des Oktrois. Warum wollen Sie das nicht zum Ausdruck bringen, wenn Sie in Konsequenz eines Reichstagsbeschlusses den Oktroi aufheben wollen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Antrag Wölzl angenommen wird, so wird 1914 sich hier ganz dasselbe Schauspiel ergeben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Man sagt, die Gemeinden könnten sich noch nicht einrichten. Waren Sie sich denn 1902 über die Folgen des § 13 nicht klar? Die heutige Debatte muß den Eindruck erwecken, daß 1902 viele sich gesagt haben: „Steuern wir diesen Sand nur aus; später werden wir die Sande schon anders machen.“ (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der gegenwärtige Augenblick soll zur Aufhebung des Oktrois nicht geeignet sein! Gerade jetzt, wo Sie die Lebenshaltung des Volkes wieder mit

**400 Millionen Mark indirekter Steuern**

belasten wollen, ist die Situation so, daß Sie es dem deutschen Volke nicht bieten sollten, das Unrecht, das der § 13 des Zolltarifgesetzes befehligen wollte, zu verlängern. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Sped hat behauptet, der § 13 sei keine Konzeption an die Wähler gewesen, das beweise der Umstand, daß das Zentrum nicht geschlossen dafür stimmte. Nun, wenn es keine Konzeption an die Wähler war, so war es Sand in die Augen der Wähler. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Unruhe im Zentrum.)

Der Reichstag war schließlich genug gegen die Gemeinden. Er gab ihnen acht Jahre Frist und das war doch, wie schon der Vorredner sagte, lange genug. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Meine Parteigenossen im Reichstage haben übrigens vorausgesehen, wie es kommen würde. Als sie aber ihren Zweifel an der Evidenzhaftigkeit jenes Paragraphen Ausdruck gaben, da wurden sie der Verleumdung verdächtigt. Jetzt aber zeigt sich, wie recht sie gehabt haben, als sie ihre Zweifel äußerten. Wenn der Reichstag Wert darauf legt, daß seine Beschlüsse ernst genommen werden, dann muß er den Antrag der Kommission annehmen und den Antrag Wölzl ablehnen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Zender (Z.): Wegen des § 13 des Zolltarifgesetzes haben meine politischen Freunde aus Baden schon damals gestimmt. Er verstoßt gegen das föderative Prinzip der Reichsverfassung und gegen die elementarsten Grundzüge der kommunalen Selbstverwaltung. Er war geradezu ein Gewaltakt der Reichsregierung gegen die einzelstaatliche und kommunale Selbstständigkeit. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum, Lachen links.) Außerdem führt die Abschaffung des Oktrois gar nicht zur Verbilligung der Lebensmittel.

Abg. Gschlein (fr. Vg.) polemisiert gegen den Abg. Sped und weist auf die Verteuerung der Lebensmittel durch die Zollpolitik hin. Den Leuten, die den Zusammenhang zwischen Brot- und Getreidepreisen leugnen, hat schon der Abg. Windthorst geantwortet: wenn das Tuch teurer wird, muß auch der Mod teurer werden. (Sehr wahr! links.)

Zu früher sprachen Bundesratsvertreter nicht zu Petitionen, zu denen der Bundesrat noch nicht Stellung genommen hat. Darf ich mir die bescheidene Anfrage erlauben, ob der Bundesrat schon Stellung zu dieser Petition genommen hat? (Zuruf von der bayerischen Seite des Bundesrats: Nein! Große Heiterkeit.) — In Dresden waren es namentlich konservative Stadtvorstände, die gegen Aufhebung des Oktrois gestimmt haben. Es waren allerdings auch einige Freisinnige dabei. (Schallendes Hochgelächter des Abg. Erzberger, in welches das ganze Zentrum einstimmt.) Es gibt eben überall schwarze Schafe. (Große Heiterkeit.) Mit Herrn Lindenbrand kann ich nur sagen: Wenn der Reichstag Wert darauf legt, daß seine Beschlüsse ernst genommen werden, muß er unter Ablehnung des Antrages Wölzl den Kommissionsantrag annehmen. (Lebhafte Beifall links.)

Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter Geheimrat Straßeneuthert verteidigt sich dagegen, daß er nur prinzipiell gegen die Aufhebung des § 13 des Zolltarifgesetzes gesprochen habe, er habe ja den Antrag Wölzl empfohlen.

**Abg. Stolle (Soz.):**

Die Petition auf Wiedereinführung des Identitätsnachweises geht von einigen Innungen und Gewerbetreibenden aus. Seine Aufhebung im Jahre 1904 geschah in Rücksicht auf die noleidende Landwirtschaft. Inzwischen ist die Landwirtschaft außer zu einem blühenden Gewerbe geworden. Der Graf Schwertin-Löw hat das mehrfach anerkannt. Die Landwirtschaft baut 1 Million Doppelzentner mehr Getreide, als in Deutschland verbraucht wird.

Durch die Aufnahmepremien wird diesen blühenden Gewerbe eine Liebesgabe gegeben, zu einer Zeit, wo die Finanzminister mit der Lupe nach neuen Steuern suchen. Eine horrenden Steuersumme wird dadurch dem Reichsstaat entzogen. Nicht weniger als 20 Millionen Mark gehen ihm verloren, und das zu einer Zeit, wo das Volk wiederum mit 400 Millionen Mark neuen indirekten Steuern belastet werden soll. Nach einer Statistik des Leipziger Gemeinderats kosteten im Jahre 1900 zwei Tilo Brot 11 Pf. Trotz der reichen Ernten stieg dieser Preis andauernd bis auf 13,7 Pf. im Jahre 1907. Daß die Aufnahmepremien die Preise halten sollen, hat im Jahre 1893 auch der Oberpräsident Graf Stolberg zugegeben. „Wenn der Identitätsnachweis aufgehoben werden sollte“, sagte er, „so würde auch bei uns das inländische Getreide um den vollen Preisbetrag über dem ausländischen stehen, denn wenn Getreide ausgeführt wird, erhält der Verkäufer den Weltmarktpreis zuzüglich des dem Preisbetrage gleichbleibenden Aus- bezw. Einfuhrschweines.“ Das der Zweck des Gesetzentwurfs zur Aufhebung des Identitätsnachweises im Jahre 804 die Hochhaltung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte war, hat auch Graf Posadowsky

damals unumwunden zugegeben. Allerdings glaubte er nicht, daß die Einfuhrschweine zum Gegenstand des Handels und der Spekulation gemacht werden könnten. Auch der Abg. Richter sagte sehr deutlich: Die Gefahr der Aufnahmepremien wird durch die Aufhebung des Identitätsnachweises ganz besonders gesteigert werden.“ Und mit aller Entschiedenheit rief er damals aus: „Es ist und bleibt ein solcher Gesetzentwurf

**eine Garantie für die Verteuerung des Konsums**

in der ganzen Höhe des Schutzzölles für alle Teile Deutschlands.“ Den Standpunkt unserer Partei vertrat der Abg. Schippel. Er erklärte namens unserer Fraktion: „Wenn wir den Identitätsnachweis aufheben, wie die Regierung es will, so sichern wir der ostpreussischen Landwirtschaft einen Vorteil, nehmen ihn aber auf anderer Seite den ostpreussischen Getreidekonsumenten. Wir sichern dem ostpreussischen Getreideproduzenten den vollen Weltmarktpreis, den er in Skandinavien und England jederzeit holen kann, und sichern ihm weiter in jedem Augenblick die 85 M. Zoll, die er bekommt, sowie er das Getreide über die Grenze schafft. Wir haben für den Osten weiter nichts dadurch erreicht, als den durchschnittlichen Getreidepreis zu erhöhen. Aber wir haben die Interessen der Konsumenten zu wahren und erklären uns daher auf das allerbestimmteste und schärfste gegen alle die Gesetzentwürfe, wie sie in der neuesten Zeit Tag für Tag hier vorgelegt werden. Wir sind daher, weil wir nicht

**aus der Hand der Konsumenten Treibriemen für Großgrundbesitzer**

schnitten wollen, gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises. Wir sind dagegen in der Form, wie sie seitens der Regierung geplant ist. Wir sind aber auch gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises in jeder Form.“ (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wäre die Landwirtschaft wirklich noleidend, so wäre ich nicht der letzte, die Hand dazu zu bieten, einem noleidenden Gewerbe wieder aufzuhelfen. Da die Landwirtschaft aber zu den besten Gewerben gehört, ist es keineswegs notwendig, ihr noch eine Liebesgabe von 20 Millionen zu machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich wende mich nun zu dem Gegenstand, der die Debatte bisher allein beschäftigt hat. Ich war sehr erstaunt, als mein verehrter Landsmann, Herr Geheimrat Fischer, für die Verlängerung der Frist zur Aufhebung des Oktrois eintrat. Von den 133 Städten in Sachen haben ihn nur noch zwei, Dresden und Bayreuth, und gerade diese gehören nicht zu den armen Gemeinden. Ich verstehe auch nicht, wie der Abg. Heintze für einen solchen illiberalen Gedanken eintreten kann. Man scheut sich, die reichen Leute in Dresden, die reichen Rentiers in Bayreuth zu besteuern und will die notwendigen Mittel lieber durch Lasten auf die Armen aufbringen. Dasselbe Klagenlied über die Not der Städte hat uns der Vertreter von Bayern vorgelesen.

Nach ein Wort zu der Stellung, die das Zentrum zu der Frage eingenommen hat. Es ist klar, daß die Arbeiter in erster Linie unter den indirekten Steuern in der Gemeinde leiden. Wenn das Zentrum auch hier vor allem den Geldbeutel des reichen Mannes, des Millionärs, schonen will, so kann ich darin keine Arbeiterfreundlichkeit erkennen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Geheimrat Fischer behauptet, daß er auch bei der Beratung von Petitionen anwesend gewesen sei, die Arbeiterinteressen betreffen, und polemisiert gegen die Abg. Stolle und Gschlein.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr. Außerdem dritte Beratung des Antrages Brandys (Pole) auf Freiheit des Grundverbes, Antrag Latzmann (Wirtsch. Vg.) auf Aenderung des Patentgesetzes.

Schluß 9 1/2 Uhr.

**Hilfsskassenkongreß.**

**An die Vorstände der freien Hilfsskassen.**

Seitens der Regierung ist endlich der schon längst erwartete Entwurf der neuen Versicherungsordnung den Interessenten zugänglich gemacht worden. Auf den Inhalt derselben hier näher einzugehen, dürfte wohl zu weit führen. Hervorheben wollen wir nur, daß von einer Vereinheitlichung der Krankenversicherung wieder Abstand genommen worden ist, und daß den Hilfsskassen in dem neuen Entwurf eine Stellung als Ersatzkassen unter so erschwerenden Umständen eingeräumt wird, daß das Weiterbestehen einer solchen ganz ausgeschlossen erscheint. Es ist daher notwendig, daß die Hilfsskassen zu diesem Entwurf Stellung nehmen. Zu diesem Zweck berufen wir, anschließend an den großen allgemeinen Krankenkassenkongreß, einen Hilfsskassenkongreß ein, und zwar zu Mittwoch, den 19. Mai 1909 (Beginn 9 Uhr vormittags) nach Berlin, Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15.

Bei der Wichtigkeit des vorliegenden Entwurfs dürfen wir wohl erwarten, daß sämtliche Hilfsskassen auf dem Kongreß vertreten sein werden. Jede Hilfskategorie oder Vereinigung von Hilfsskassen soll sich durch einen oder mehrere Delegierte vertreten lassen. Diese haben sich durch ein vom Vorstand ihrer Klasse ausgestelltes Mandat zu legitimieren. Auf demselben ist auch die Zahl der Mitglieder der betreffenden Klasse anzugeben.

Anträge, die zu dem Kongreß gestellt werden sollen, sind spätestens bis zum 10. Mai an unterzeichnete Adresse einzuliefern.

Die auf dem letzten Hilfsskassenkongreß gewählte Kommission:

G. Schaad, Altona, Gustavstr. 25.  
G. Blume, E. Deisinger, J. Jaffe, C. Thieme.

**18. Generalversammlung des Verbandes der Zimmerer Deutschlands.**

Stuttgart, 19. April 1909.

Die Generalversammlung tagt im hübsch geschmückten Raume des Gewerkschaftshauses.

**Die Tagesordnung.**

die außer der Berichterstattung noch die Punkte „Tarif und Lohnbewegung“, „Krank- und Arbeitslosenunterstützung und Stellungnahme zum Betonbau“ vorrückt, wird von der Generalversammlung genehmigt. Zu diesen Beratungspunkten sind 172 Anträge gestellt, die mit zur Verhandlung kommen. Unter diesen sind auch alte Bekannte zu finden, so der Verschmelzungsantrag, der den Zusammenbruch aller Bauarbeiterorganisationen will. Der Verbandsvorsitzende Schrader freist in längeren Ausführungen die gestellten Anträge und unterzieht dieselben einer Prüfung auf den Wert, den selbige für die Organisation haben. Die Anträge auf Verschmelzung bezeichnet Redner als nicht realisierbar, weshalb eine große Debatte darüber nicht zu entfremden brauche. Er kommt dann noch einmal auf die Jubelfeier zu sprechen, die zusammenfiel mit der hundertjährigen Jubelfeier in Berlin und daher gemeinsam gefeiert wurde. Zu dieser Feier wurde das Theaterstück „Die neue Nacht“ geschrieben. Ferner wurden die 29 Verbandsveteranen, die seit Bestehen des Verbandes Mitglieder waren, auf Kosten des Verbandes nach Berlin zur Feier geladen und mit einem Diplom bedacht. Bei dieser Gelegenheit gedenkt Redner des Kollegen Marzian, der als erster Gründer der jetzt bestehenden Organisation in Frage kommt. Durch Streitigkeiten verschiedener Art wurde er nach halbjähriger Amtstätigkeit vom Amte als Vorsitzender suspendiert und aus dem Verbandsausgeschieden. Auf Antrag desselben hat sich jetzt der Verband mit einer Nachprüfung der Angelegenheit beschäftigt, speziell Redakteur Bringmann. Man ist zu dem Resultat gekommen, daß die damalige Amtsentsetzung sowie der Ausschluß nicht zu Recht er-

folgt ist. Vorstand und Ausschuss schlugen deshalb vor, dem Marzian entgegenzukommen und ihm, weil er sich zurzeit in bedärflicher Lage befindet, eine Summe von 300 M. zu überweisen. Zu den Kartellverhältnissen mit den anderen Verbänden übergehend, schildert Redner die Mißbilligungen, die mit den Kartellen in den verschiedenen Orten, speziell in München, Platz gegriffen haben. Ferner will Redner geprüft haben, ob die monatliche Arbeitsloshilfe heute noch praktisch ist. Sichere Zahlen über den Grad der Arbeitslosigkeit erzielte man heute durch die eingeleitete Arbeitslosenunterstützung. — Rechtschuttsprüche sind aus eigenartigen Situationen an den Vorstand gestellt. In zwei Fällen hatten Oberbetrobungen mehr Streitigkeiten eingeschickt, als Streitende in den Listen geführt wurden. Als die Manipulationen unter Anklage gestellt wurden, stellten die betreffenden noch Rechtschuttsprüche, die selbstverständlich abgelehnt wurden. — Die Teilnahme an den Unterichts- kursen der Generalkommission habe zu einem Vorstandsantrag geführt, der den Teilnehmern einen Rückzuschuß von monatlich 50 M. und eine Entschädigung von 15 M. für Aufwendung an Büchern zuwenden will. Dem gedruckten Bericht entnehmen wir, daß auch der Verband der Zimmerer enorm unter der allgemeinen Krise zu leiden hatte. Von einem Mitgliederzuwachs ist daher nicht zu reden, wohl aber von einer Abnahme. Am Schluß des Jahres 1908 waren 49 296 Mitglieder in 708 Jahrestellen vereinigt. Die Zahl der Mitglieder schwankte im letzten Jahre beträchtlich, im Durchschnitt sind für 1908 51 815 Mitglieder zu verzeichnen, während man im Jahre 1907 eine Mitgliederzahl von 54 300 zählte. Mitin ist ein Verlust von rund 3000 zu verzeichnen. Nach Landesstellen berechnet stellt Preußen mehr als die Hälfte der Mitglieder des Verbandes. Im Jahre 1908 fanden auch Verhandlungen mit der „Freien Vereinigung“ der Zimmerer statt. Eine Einigung der Vorstände erfolgte wohl, aber leider fehlte sich ein Teil der Vorkämpfer nicht daran. Aus 12 Orten schlossen sich 617 Mitglieder der Vereinigung der Zentralverbände an.

**Lohnbewegungen**

zählte der Verband im Jahre 1907 616, an denen 27 970 Mitglieder beteiligt waren. Die Kosten für diese Bewegungen betragen 456 299 M. Die 404 Lohnbewegungen des Jahres 1908 erstreckten sich auf 3031 Orte, 5059 Betriebe und 38 773 Zimmerer. Die Kosten betragen 89 067 M. Dies sind gewaltige Kosten, die der Verband für Kämpfe aufzubringen hatte, doch waren die Opfer nicht überflüssig; wurden doch trotz der Krise Erfolge erzielt. Das Jahr 1907 brachte für 30 529 Mitglieder eine Lohnsteigerung von 1—4 1/2 Pf. pro Stunde, für 11 616 Mitglieder ist der Lohn von 5—10 Pf. erhöht worden. Die Arbeitszeit wurde für 33 Mitglieder um eine Viertelstunde pro Tag und für 7504 Mitglieder um eine halbe Stunde und für 983 Mitglieder um eine Stunde verfürzt. Das Jahr 1908 brachte 22 577 Mitgliedern eine Lohnsteigerung von 1/2—4 Pf. und für 738 Mitglieder eine solche von 5—6 Pf. pro Stunde. Die Arbeitszeit wurde für 193 Mitglieder um eine Viertelstunde, für 1499 Mitglieder um eine halbe Stunde und für 149 Mitglieder um eine Stunde verfürzt. — Zum

**Kassenbericht**

äußert sich der Kassierer Römer. Er gibt einige Erläuterungen kassenmäßiger Art zum besten. Die Einnahme betrug im Jahre 1907 1 277 823,33 M., die Ausgabe 1 101 872,94 M. Das Jahr 1908 brachte eine Einnahme von 1 350 925,61 M., der eine Ausgabe von 1 198 919,54 M. entgegengesetzt. Für den Streifonds gingen in beiden Jahren zusammen 205 241,55 M. ein. Die Hauptausgaben verteilten sich auf folgende Posten. Die Agitation in beiden Jahren 210 374,29 M., die Arbeitslosenunterstützung erforderte im Jahre 1907 237 148,25 M. und stieg im Jahre 1908 auf die Summe von 460 889,75 M. Für Streiks mußten 477 116,44 Mark in beiden Jahren aufgebracht werden. Der Besuch der Gewerkschaftsschule erforderte in beiden Jahren für 40 Teilnehmer 11 818,27 M., das Verbandsorgan verursachte eine Ausgabe von 207 784 M. Das Vermögen des Verbandes belief sich Ende des Jahres 1908 auf 1 608 706,38 M. Den Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses gibt Kube. Derselbe erstreckt sich auf Beschwerden über verweigerte Unterstützungen und behandelt interne Angelegenheiten. Für die Presse berichtet Bringmann als Redakteur. Die Auflage des „Zimmerer“ betrug durchschnittlich im Jahre 1908 im 4. Quartal 59 708 Exemplare, im Jahre 1907 dagegen 64 461 Exemplare. Dieser Rückgang ist mit dem Mitgliederverlust in Verbindung zu bringen. Das Jahrgang hatte in diesen Jahren eine recht schwierige Stellung, um in all den Wirren, die das Baugewerbe heimsuchten, die alt bewährte Richtschnur einzuhalten. Redner geht jedoch kurz auf die Tarifverhandlungen ein, besonders auf die Verhandlungen in Frankfurt a. M., die auch Anlaß zu den Streitigkeiten mit dem Kollegen Baplow vom Maurerverband gaben. Die Anträge auf Beschaffung von Ausflugs- lektüre weist Redner damit ab, daß er im Zimmererverlag erschienenen Werke zum Studium empfiehlt.

Ueber die Debatte berichten wir morgen.

**Prozeß v. Moltke-Harden.**

Der neue Prozeß Moltke-Harden begann gestern vormittag vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lehmann.

**Die Vorgeschichte des Prozesses**

dürfte noch in frischer Erinnerung sein, so daß es nur eines kurzen Hinweises auf die Entwicklung der Affäre bedarf. Eine Reihe von Artikeln der „Zukunft“, die sich über die Zeit vom Oktober 1906 bis April 1907 erstreckten, beschäftigten sich mit dem Einfluß, den der Fürst Philipp zu Culeburg und die Liebenberger Tadelrunde nach der Ansicht des Herausgebers der „Zukunft“ auf den Kaiser zu erlangen suchte, mit gewissen anomalen Geschäftsbearbeitungen einiger Herren dieses Kreises und mit der Gefahr, die nach Ansicht des Verfassers darin liege, wenn ein Kreis so gearteter Männer Einfluß auf die Entscheidung des Herrschers gewinne. Graf Runo v. Moltke erwiderte in einzelnen Stellen dieser Artikel den Vorwurf, daß er honorige Reigungen habe und strengte, nachdem die Staatsanwaltschaft die Erhebung der öffentlichen Klage abgelehnt hatte, die Privatklage an. Dese wurde in den Tagen vom 23. bis 29. Oktober 1907 vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Kern verhandelt und endete mit der Freisprechung des Angeklagten Maximilian Harden. Gegen das Urteil legte der Privatkläger Berufung ein. Es kam aber nicht zu einer Verhandlung in der Berufungsinstanz (besteht mit 3 Richtern). Dem nun bemächtigte sich plötzlich der jetzige Generalstaatsanwalt Dr. Hensel die Angelegenheit, die Privatklage wurde weggeschickt und an ihre Stelle eine öffentliche Anklage gesetzt. Diese wurde in den Tagen vom 16. Dezember 1907 bis 3. Januar 1908 vor der Strafkammer als erster Instanz (Besteht mit 6 Richtern) verhandelt. Eine zweitägige Unterbrechung fand am Anfang der Verhandlung wegen Erkrankung Hardens, eine dreitägige während der Weihnachtseierzeit statt. Am 8. Januar endete die Verhandlung mit der Verurteilung Hardens zu 4 Monaten Gefängnis. Einzelheiten dieser gerichtlichen Prozedur und der hierbei geleistete Zeugeneid des Fürsten Culeburg, der später zu dem Meinichtsverfahren geführt hat, sind wohl noch in aller Erinnerung. Gegen das Urteil legte Maximilian Harden Revision ein, die am 22. und 23. Mai 1908 den 2. Strafsenat des Reichsgerichts unter Vorsitz des Senatspräsidenten v. Bülow beschäftigte. Das Reichsgericht hat dann auf Grund der erhobenen Prozeßbeschwerten das Urteil aufgehoben.

**In der gestrigen Verhandlung**

wurde die Anklage vom Oberstaatsanwalt Dr. Freuh und Staatsanwalt Vortzell vertreten. Dem Angeklagten steht Justizrat Dr. Bernheim-München als Verteidiger, dem Nebenkläger Graf Runo v. Moltke der Justizrat Dr. Sels als Rechtsbeistand zur Seite.

Als Zeugen sind geladen Graf Kuno v. Rolffe, Oberstleutnant  
a. D. Graf Otto v. Rolffe, Baron v. Berger und Kapitänleutnant  
a. D. Graf Ernst v. Nesselmann.

Zu seinen Personalien gibt der Angeklagte an, daß er 1861  
geboren, evangelischer Religion, mehrmals wegen Freizeidigung  
bestraft und seit 13 Jahren Herausgeber der „Zukunft“ sei.  
Vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses erweist Justizrat  
Dr. Bernstein das Wort zu längeren Ausführungen, um die

**Zuständigkeit des Gerichtshofes**

zu bekämpfen. Er führt unter anderem folgendes aus: Ich habe  
das Wort erbeten vor der Verlesung des Eröffnungsbeschlusses, weil  
der Einwand der Inzuständigkeit des Gerichts nach gesetzlicher  
Vorchrift vorher vorgebracht werden muß und ich den Einwand  
der Inzuständigkeit des Gerichts und der Unzulässigkeit des Ver-  
fahrens hiermit ausdrücklich und förmlich erheben haben will  
mit dem daran geknüpften Antrag, wegen dieser beiden Umstände  
das Verfahren einzustellen. Sie wissen so gut wie ich, daß der  
§ 417 der Reichsstrafprozessordnung jetzt von den höchsten Gerichts-  
höfen Deutschlands anders ausgelegt worden ist als es früher  
geschah. Auch die juristische Theorie hat sich fast ausnahmslos auf  
den jetzigen Standpunkt des Reichsgerichts gestellt. Nach diesem  
Standpunkt ist ganz unbefehligbar, daß das Verfahren, in dem wir  
uns jetzt befinden, die Verhandlung, die jetzt begonnen wird, gesetz-  
widrig ist. Wenn die jetzt auch vom Reichsgericht anerkannte,  
meines Erachtens allein richtige Anschauung schon früher gegolten  
hätte, die Anwendung nämlich, daß die Heberzeugung des Privat-  
klageverfahrens in das öffentliche Verfahren in diesem Falle un-  
zulässig war, dann würde die heutige Verhandlung hier nicht statt-  
finden können, ebenso wenig wie die frühere. Ich bin der Meinung,  
daß der Bürger ein Recht auf das gesetzliche Recht und der Richter  
eine Pflicht zum gesetzlichen Recht hat. Ich bin der Meinung, daß  
es unmöglich den Intentionen eines sittlichen und bürgerlichen  
Gesetzgebers entsprechen kann, daß jemand beurteilt wird auf  
Grund eines Verfahrens, von dem die Richter selbst sich sagen  
müssen: wir sind nur darin, weil wir hineingekrängt worden sind.  
Das Verfahren hat keine gesetzliche Basis. Wenn bewiesen ist, daß  
der erste Schritt falsch war, so darf man den falschen Weg nicht  
zu Ende gehen mit der Motivierung, er ist nur einmal beschritten.  
Ich glaube, daß der Richter, der in jedem Augenblick die Berechti-  
gung seines richterlichen Handelns ganz selbständig zu prüfen hat,  
seine Mitwirkung bei einem solchen Verfahren verweigern muß.  
Bei einem anderen Verfahren kommt man zu einer Verhandlung  
und zu einem Urteil von dem jeder sagen muß, es hat keine gesetz-  
liche Basis. Rag der Fehler gemacht sein von wem, wann und wo  
er will, in einem Rechtsstaate muß ein solcher Fehler in demselben  
Augenblick korrigiert werden, in dem er erkannt worden ist. In  
einem Rechtsstaate darf nicht projiziert werden mit dem Argument:  
Wir haben nicht über die Rechtmäßigkeit zu entscheiden, wir sind  
nun einmal in der Sache drin. Wenn dieser Grundsatz gelten  
sollte, so wären Ehre, Freiheit und Leben der Staatsbürger fort-  
während gefährdet. Wenn es möglich ist, daß es erkannte, behörd-  
liche und richterliche Fehler gibt, die nicht mehr korrigiert werden  
können, dann kann man nicht in jedem Sinne sagen, daß wir in  
einem Rechtsstaate leben. In diesem einzelnen Falle zeigt sich  
sogar die Folge des Unrechts. Niemand hat wohl ein Interesse  
daran, die Dinge, die im Laufe der Prozesse erörtert worden sind,  
hier noch einmal zu erörtern. Die beiden Parteien haben schon  
einen Weg der Verständigung durch die Vereinbarung folgender  
Erklärung:

„Herr Maximilian Harden wiederholt die in seiner Zeit-  
schrift, vor dem Schöffengericht und vor dem Landgericht ab-  
gegebene Erklärung, daß er in seiner Wochenschrift seine Exzellenz  
den Herrn Grafen Kuno v. Rolffe nicht der Homosexualität be-  
schuldigt hat.“

Seine Exzellenz, der Herr Generalleutnant a. D. Kuno  
v. Rolffe, akzeptiert diese Erklärung. Beide Herren sind der  
Ueberszeugung, daß sich nach diesen Erklärungen jede Beweis-  
aufnahme erübrigt.

Berlin, den 19. März 1900.  
gez.: Graf Kuno v. Rolffe. gez.: Maximilian Harden.“

Diese Erklärung ist am 19. März vom Grafen Kuno Rolffe  
und am 21. März von dem Angeklagten Harden unterzeichnet  
worden. Am 22. März haben beide Herren diese Erklärung mit  
folgendem Anschreiben der Kgl. Staatsanwaltschaft eingereicht:

„An den Herrn Ersten Staatsanwalt  
beim Kgl. Landgericht I. Berlin.“

In der Straffache gegen den Schriftsteller Maximilian  
Harden beehren sich die unterzeichneten Parteien die anliegende  
Erklärung in der Annahme zu überreichen, daß dadurch eine  
Unterlage für eine rasche und einfache Erledigung des schwebenden  
Verfahrens gegeben ist, gegen dessen Einstellung sie nichts ein-  
zuwenden haben.

Berlin, den 22. März 1900.  
gez.: Graf Kuno v. Rolffe. gez.: Maximilian Harden.“

Wären wir in dem Verfahren, das allein dem Sinne des Ge-  
setzes entspricht — befinden wir uns nicht vor der mit 5 Richtern  
besetzten Strafkammer — dann wäre mit diesen Erklärungen die  
Sache erledigt. Das Verfahren ist unzulässig, es ruht auf un-  
gesetzlicher Basis und muß deshalb eingestellt werden.

Oberstaatsanwalt Dr. Preuß: So sympathisch mir die Rechts-  
ausführungen des Verteidigers sind, so kann ich sie doch nicht als  
berechtigt anerkennen. Es muß davon ausgegangen werden, daß  
das Reichsgericht in seinem Urteil erklärt hat, daß der einmal be-  
schlossene Weg, nachdem er gegangen war, beschritten werden durfte.  
Das Reichsgericht hat anerkannt, daß die Kammer zuständig war  
und hat aus dieser Ueberszeugung die Sache an die 4. Strafkammer  
zurückverwiesen. Dadurch allein ist erwiesen, daß hier nichts Ge-  
setzwidriges geschieht. Im Gegenteil: das Gericht ist nunmehr in  
Gemäßheit des § 399 St.-P.-O. gezwungen, ein Urteil zu fällen.  
Nebenbei muß ich, daß die Uebernahme des Verfahrens durch die  
Staatsanwaltschaft und die damit verbundene Einsetzung der  
Strafkammer als erste Instanz, die den damals geltenden Rechts-  
ansiehungen entsprach, jetzt theoretisch vom Reichsgericht und dem  
Kammergericht als unzulässig erkannt ist. Die Frage ist noch nicht  
definitiv Hergestellt. Außerdem hat das Reichsgericht gesagt:  
eine Beweisaufnahme gegen das Verfahren hätte vor Eröffnung des-  
selben eingelegt werden müssen. Noch gegen einen anderen Punkt  
der Rechtsausführungen des Herrn Verteidigers muß ich mich  
wenden. Ich halte es nicht für richtig, daß, wenn die Sache vor  
die zweite Instanz gekommen wäre, dann durch die Erklärung des  
Privatklägers, daß er das Verfahren einzustellen wünsche, die Sache  
dann zu Ende gewesen wäre. Das wäre zutreffend, wenn das  
Privatklageverfahren weitergegangen wäre, aber mit dem Moment,  
wo die Staatsanwaltschaft das Verfahren übernimmt, trifft dies  
nicht mehr zu. Eine andere Frage ist, wie weit man auf die Ver-  
gleichserklärungen Rücksicht nehmen kann bei Gestaltung der Be-  
weisnahme und bei Abweisung der Strafe. Ich betone, daß nach  
meiner Meinung von jeder Beweisaufnahme abgesehen werden  
kann; ich würde einem solchen Antrage durchaus sympathisch  
gegenüberstehen.

Justizrat Dr. Sello: Man befindet sich in einer prozessualen  
Zwickmühle und die Situation sei dadurch kompliziert, daß das  
Reichsgericht seine frühere Ansicht geändert hat und nach der  
neueren Rechtsansicht des Reichsgerichts ein Verfahren, wie es  
hier geführt worden, nicht zulässig ist. Wenn Justizrat Bernstein  
gesagt hat, es seien Fehler gemacht worden, so seien diese nicht auf  
den Privatkläger oder seinen Rechtsbeistand zurückzuführen. Es  
müsse anerkannt werden, daß, theoretisch genommen, diese Straf-  
kammer nicht zuständig ist. Die theoretische Unrichtigkeit des Ver-  
fahrens sei nicht zu bestreiten, aber praktisch sei nicht zu ver-  
kennen, daß nach dem Urteil des Reichsgerichts Einspruch gegen  
Eröffnung des Verfahrens hätte erhoben werden müssen. Der  
Rechtsbeistand habe seinerseits kein Interesse daran, seine Sache  
vor eine andere Kammer zu bringen, er habe aber ein Interesse  
daran, daß der vorliegende Prozeß nicht noch einmal im Wege der  
Revision aufgehoben werden kann. Die vom Justizrat Bernstein  
angeregte Frage der Inzuständigkeit sei der Beachtung wert, denn

auf § 417 Abs. 2 und 3 St.-P.-O. gebe deutlich hervor, daß, wenn  
auch die Staatsanwaltschaft das Verfahren übernimmt, es in den  
Handen fortzuführen ist, in die es durch die Privatklage gebracht  
wurde. Es sei kein Zweifel, daß nach § 417 die Strafkammer nicht  
berufen ist, die Verhandlung in erster Instanz zu führen.

Maximilian Harden: Ich bin nicht Jurist, aber das Objekt  
dessen, was hier geschieht. Darum laße ich das Recht her, hier  
zur Sache zu sprechen. Das Privatklageverfahren ist durch einen  
geschwindigen Beschluß eingestellt worden. Es konnte überhaupt  
nur durch ein Urteil eingestellt werden nach der Strafprozess-  
ordnung, und es gibt keinen Gerichtshof der Welt, der sich über  
den Wortlaut der Strafprozessordnung hinwegsetzen kann. Deshalb  
ist alles, was bei diesem Beschluß nachkommt, gesetzwidrig. Ich bin  
allerdings meinem ordentlichen Richter, aus Gründen, über die  
ich hier nicht urteilen will, einzuweichen worden. Dieses Unrecht kann  
niemals zu Recht werden. Die Richter konnten als einziger Grund  
für die Fortsetzung des ungesetzlichen Verfahrens das Interesse  
des Privatklägers anführen. Dieser Grund fällt aber jetzt auch  
weg, nachdem der Privatkläger ebenso wie ich erklärt hat, daß er  
kein Interesse an der Fortsetzung des Verfahrens habe. Die ge-  
samte Öffentlichkeit, soweit sie berechnete Interessen vertritt, das  
gesamte Deutsche Reich in seinen maßgebenden Faktoren hat eben-  
falls den dringenden Wunsch, diese Angelegenheit zum Abschluß zu  
bringen. (1) Es wird also Sache der 4. Strafkammer des Berliner  
Landgerichts sein, in Erwägung dieser Tatsachen den Spruch zu  
fällen, ob sie dieses gesetzwidrige Verfahren gegen den Wunsch des  
Klägers und der maßgebenden und politischen Stelle im Deutschen  
Reiche fortsetzen und damit die Möglichkeit bieten will, die Grund-  
lage des Verfahrens später für nichtig zu erklären und das Ver-  
fahren in infinitum weiterzuführen.

Nach nochmaligen längeren Ausführungen des Oberstaats-  
anwalts, des Justizrats Dr. Bernstein, des Justizrats Dr. Sello  
und des Angeklagten Harden zieht sich der Gerichtshof zur Be-  
ratung zurück. Der

**Beschluß des Gerichts**

geht dahin:  
Das Gericht hat beschlossen, den Antrag auf Einstellung des  
Verfahrens abzulehnen. Es kann dahingestellt bleiben, ob der  
Einstellungsbeschluß bei der Privatklage zu Recht oder zu Unrecht  
erfolgt ist. Selbst wenn er zu Unrecht ergangen wäre, sieht das  
Gericht keine Möglichkeit, ihn rückgängig zu machen.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses beantragt Ober-  
staatsanwalt Dr. Preuß, für die ganze Dauer der Verhandlung  
die Oeffentlichkeit auszuschließen. Es handelt sich um den Vorwurf  
der Homosexualität, der hier erhoben worden war. Bei der Er-  
örterung dieses Themas werden aller Voraussicht nach doch Dinge  
zur Sprache gebracht werden müssen, durch welche die öffentliche  
Sittlichkeit gefährdet wird.

Justizrat Bernstein: Ich will diesem Antrage nicht grundsätz-  
lich entgegenstellen. Augenblicklich sehe ich jedoch nicht die geringste  
Veranlassung, die Oeffentlichkeit auszuschließen. Bei Verlesung der  
infrimierten Artikel dürfte wohl eine Gefährdung der öffentlichen  
Sittlichkeit nicht zu erwarten sein. Für den Fall, daß das Gericht  
einen Ausschuß der Oeffentlichkeit beschließen sollte, bitte ich gleich-  
zeitig auch darüber zu befinden, ob es nicht angebracht ist, wenig-  
stens einen als vertrauenswürdig bekannten Vertreter der Presse  
zuzulassen. Die Schwurgerichtsverhandlung gegen den Fürsten  
Eulenburg, zu der dieser Herr später zugelassen wurde, hat ge-  
zeigt, daß trotz des hermetischen Ausschusses der Oeffentlichkeit  
im Anfangs Dinge durchsickerten und daß eine Berichterstattung  
nicht verhindert werden kann. Es empfiehlt sich deshalb die Zu-  
lassung der Presse, damit nicht einseitig Dinge in die Oeffentlichkeit  
gelangen.

Justizrat Sello: Ich habe keine Veranlassung, zu dieser Frage  
Stellung zu nehmen.

Das Gericht beschließt: die Oeffentlichkeit während der Ver-  
lesung der Artikel noch nicht auszuschließen, dann aber den

**Ausschluß der ganzen Oeffentlichkeit**

eintreten zu lassen. Den beiden Stenographen des Angeklagten  
und den Stenographen des Staatsanwalts wird die Anwesenheit  
gestattet.

Nach der Verlesung der Artikel wird der Saal von den Zu-  
hörern und der Presse geräumt. Die weitere Verhandlung findet  
hinter verschlossenen Türen statt.

Von den Zeugen wird nur Graf Kuno v. Rolffe vernommen.  
Die Beratung des Gerichtshofes dauerte 1 1/2 Stunden und  
war um 8 1/2 Uhr beendet. Das Urteil ging dahin: Der An-  
geklagte wird wegen übler Nachrede zu

**600 M. Geldstrafe**

eventuell 40 Tagen Gefängnis verurteilt. Alle Exemplare der  
„Zukunft“, in denen die infrimierten Artikel enthalten sind,  
werden insoweit unbrauchbar gemacht, als die strafbaren Stellen  
ausgemerzt werden. Die Kosten des Verfahrens mit Einschluß  
der dem Nebenkläger entstandenen notwendigen Auslagen werden  
dem Angeklagten auferlegt. Dem Nebenkläger wird die Befugnis  
zugespochen, das Urteil vier Wochen nach eingetretener Rechts-  
kraft auf Kosten des Angeklagten in der „Zukunft“, der „Vossischen  
Zeitung“ und der „Kreuzzeitung“ zu publizieren.

Diesem Urteilstenor ließ der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor  
Lehmann, folgende

**Begründung**

folgen: Daß das Verfahren zulässig ist und der Grundsatz  
„ne bis in idem“ nicht verletzt ist, ist ja bereits betont worden.  
In materieller Hinsicht weist der Angeklagte nun nach wie vor  
den Vorwurf zurück, daß er in den infrimierten Artikeln den  
Grafen Rolffe als homosexuell hingestellt habe. Er will lediglich  
darauf hingewiesen haben, daß zwischen dem Grafen Eulenburg  
und seinen Freunden, namentlich dem Grafen Rolffe, eine  
normwidrige Männerfreundschaft bestanden habe und daß dieser  
Kreis, der dem Kaiser nahestand, wegen seines süßen und un-  
männlichen Wesens einen unheilvollen Einfluß auf Sr. Majestät  
gehabt habe. Die mündliche Verhandlung hat aber ergeben, daß  
der Angeklagte doch mehr getan hat, daß er den  
Grafen Rolffe als einen an Berührung des Geschlechts-  
triebes nach der männlichen Seite hinneigenden und diese  
Neigung auch betätigenden Mann hingestellt hat. Trotz  
der verhaltenen Form haben diese Andeutungen aber in  
weiten Kreisen den Eindruck erweckt, als sei dem Grafen Rolffe  
auch aktive Betätigung der Homosexualität vorzuwerfen. Die  
mündliche Verhandlung hat betrefis des Grafen Rolffe ergeben,  
daß das nicht wahr ist. Bei der Strafzumessung fällt die Schwere  
des zu Unrecht erhobenen Vorwurfs, durch welche die gesellschaftliche  
Stellung des Privatklägers schwer geschädigt wurde, erheblich ins  
Gewicht, dagegen muß anerkannt werden, daß der Grad der Fahr-  
lässigkeit, vermöge deren der Angeklagte zu seinen Beschuldigungen  
gelangte, erheblich geringer einzuschätzen ist, als dies früher hier  
gesah. Früher war davon ausgegangen, daß der Angeklagte für  
seine Behauptungen, Eulenburg und Rolffe seien homosexuell, als  
Grundlage nur einige Äußerungen des Fürsten Wiemar und  
Mittelungen aus dem Rolffe'schen Eheleben hatte. Inzwischen  
hat aber nun der Angeklagte in dem von ihm in München an-  
gestellten Prozeß Zeugen gestellt, die dort nämlich bekundet haben,  
daß Fürst Eulenburg an ihnen homosexuelle Handlungen vor-  
genommen habe. Der Gerichtshof ist ferner überzeugt, daß der An-  
geklagte keine unlauteren Motive gehabt habe. Es fällt schließlich  
ins Gewicht, daß der Nebenkläger sich mit dem Angeklagten ver-  
glichen hat und mit der Einstellung des Verfahrens einverstanden  
gewesen wäre, wenn dies noch zulässig gewesen wäre. Hiernach  
erschien die erkannte Strafe für angemessen.

**Soziales.**

**Vom Tranksystem.**

Das Landgericht Rey hat am 15. Dezember v. J. die  
Direktoren einer Hältengesellschaft, Hinzberg,  
Schmidt und Schneider, sowie den Vorstand der Konsum-

anstalt jener Gesellschaft, Becker, wegen Vergehens gegen die  
Gewerbeordnung zu Geldstrafen verurteilt. In der Konsumanstalt  
werden Waren aller Art geführt. Die Arbeiter kaufen auf Gut-  
scheine, deren Gesamtbetrag ihnen vom Lohn abgezogen wird. Für  
Verwaltungskosten werden dem Einkaufspreise 6 1/2 Proz. zu-  
geschlagen. Am Schluß des Jahres wird eine Dividende an die  
Warenabnehmer ausbezahlt. Daß die Angeklagten die Waren zum  
Selbstkostenpreise geliefert hätten, konnte das Gericht nicht an-  
nehmen, denn zu den Selbstkosten gehören nicht der Zunderlust und  
„generelle Unkosten“, die auch auf die Waren zugeschlagen wurden.  
Diese hätten den Arbeitern also nicht vom Lohn ab-  
gezogen werden dürfen, sondern nur die reinen Anschaffungs-  
kosten. Als „Wohlfahrts-Einrichtung“ ist die Konsumanstalt  
daher nach Ansicht des Gerichts nicht anzusehen, wenn  
auch die Arbeiter manchen Vorteil davon hatten. Die Direktoren  
hätten den Betrieb nicht gestatten dürfen und haben demnach gegen  
§ 115,1 der Gewerbeordnung verstoßen. — In ihrer Revision  
rügt die Angeklagten Verlesung des Begriffs Wohlfahrts-Einrich-  
tung. Der Zweck des § 115,1 sei die Verhütung einer Ausbeutung  
der Arbeiter; von Ausbeutung könne aber hier keine Rede sein. Der  
Rechtsanwalt führte aus: Nur Lebensmittel dürfen abgegeben  
werden, aber nicht geistige Getränke, Tabak, Schokolade und ähn-  
liches, was alles keine Lebensmittel sind. Der Begriff der Wohl-  
fahrts-Einrichtung ist nicht verkannt. Was im § 115 verboten ist,  
wird im § 117 nicht erlaubt. Die ganze Einrichtung, die  
die Gewerbeordnung hier getroffen hat, ist zum Schutze der  
Arbeiter bestimmt. Es sollen alle Veranstaltungen getroffen  
werden, durch die die Arbeiter geschädigt werden können. Ob sie  
wirklich geschädigt worden sind, darauf kommt es nicht an. Die  
Wohlfahrts-Einrichtung der Hütte ist aber überhaupt im Interesse der  
Fabrik, nicht der Arbeiter geschaffen worden. Denn die Arbeiter,  
die am Schluß des Jahres nicht mehr in der Fabrik arbeiten,  
erhalten die Dividende nicht. Dadurch sind die Arbeiter abhängig  
von der Fabrik gemacht worden, ebenso dadurch, daß die Waren zu  
hoch angerechnet werden und daß dafür Dividende gezahlt wird.  
Das Reichsgericht verwarf am Montag die Revision der An-  
geklagten als unbegründet.

**Berweigerung der Ueberzeitarbeit kein Entlassungsgrund.**

Gegen den Restaurateur Nautenberg klagte die Cellistin Frau W.  
auf eine 14tägige Gehaltsentziehung von 73 M. Sie ist ohne  
vorherige Kündigung entlassen worden, weil sie sich am Abend des  
Neujahresabendes geweidert hatte, über ihre Spielzeit hinaus zu spielen.  
Die Beweisaufnahme, die mehrere Verhandlungstermine notwendig  
machte, ergab, daß der Beklagte wohl am Neujahresabend um 6 Uhr morgens  
bei Beendigung der Spielzeit der Silvesterabend dem Kapellmeister  
gesagt hatte, daß auch am Abend über 12 Uhr hinaus gespielt  
werden soll. Der Kapellmeister hatte es aber unterlassen, der  
Mädlerin hierüber Mitteilung zu machen. Das Gericht erließ die be-  
häftigte im Verhalten der Klägerin mit Recht keine behauerliche Arbeits-  
berweigerung. Das Urteil wurde gestern im Publikationstermin  
dahin verurteilt, daß der Beklagte dem Klageantrage gemäß  
verurteilt worden ist.

**Für die ostpreussische Landwirtschaft unbrauchbar.**

Der zur Vermittlung von heimischen und ausländischen Arbeits-  
kräften gegründete „Verein ostpreussischer Landwirte“ berichtet über  
seine Tätigkeit unter anderem folgendes: „Ersichtlich ist gegenwärtig  
der Abzug von Familien aus den Städten auf das Land. Der  
harte Winter hat die Leute einsehen lassen, daß für ihr Wohl auf  
dem Lande besser geforgt ist. Abgesehen ist der Rücktransport west-  
fälischer Arbeiter, weil eine Anzahl Mitglieder des Vereins schlechte  
Erfahrungen mit diesen Leuten gemacht hat. Ist doch auch all-  
gemein die Ansicht verbreitet, daß diese für die Landwirtschaft nicht  
mehr brauchbar sind.“

Und weshalb mögen diese in den Bergwerken an schwere und  
lang andauernde Arbeit gewöhnten ehemaligen Landarbeiter jetzt für  
die Landwirtschaft wohl nicht mehr brauchbar sein? Haben sie die  
landwirtschaftliche Arbeit so ganz verlernt? O nein! Aber sie  
haben es verlernt, sich von rohen und gewalttätigen Besitzern und  
Inspektoren beschimpfen und prügeln zu lassen. Sie lassen sich ferner  
nicht mehr unbedingte Lohnabhänge gefallen und wollen nicht mehr  
wegen Kontraktbruchs des Arbeitgebers dank der bestehenden Aus-  
nahmestellung bestraft werden. Das sind die „schlechten Erfahrungen“,  
die Mitglieder des „Vereins ostpreussischer Landwirte“ wohl mit  
diesen Rückwanderern gemacht haben.

**Hus Industrie und Handel.**

**Deutschlands Kupferhandel.**

Der Wert der deutschen Einfuhr im reinen Warenverkehr betrug  
im ersten Vierteljahr 1900 1880,9 Millionen Mark. Der Wert der  
Ausfuhr stellt sich auf 1549 Millionen Mark. Die Einfuhr ist gegen  
das Vorjahr um 1,1, gegen 1907 um 188,4 Millionen Mark zurück-  
gegangen, während die Ausfuhr sich gegen das Vorjahr um  
55,7 Millionen Mark gehoben hat. Gegen 1907 ist die Ausfuhr  
immerhin noch um 82,2 Millionen Mark gefallen.

**Einnahmen der Eisenbahnen.**

Nach den amtlichen Nachweisen vereinbarten die deutschen  
Eisenbahnen mit dem Rechnungsjahr April—März in der Zeit vom  
1. April 1900 bis Ende März 1900: im Personenverkehr 607 104 018  
Mark, oder gegen das Vorjahr 17 496 874 M. mehr, im Güter-  
verkehr 1 888 790 887 M., oder gegen das Vorjahr 56 867 713 M.  
weniger. Bei den übrigen Bahnen wurden in der Zeit vom  
1. Januar bis Ende März 1900 eingenommen: im Personenverkehr  
16 900 237 M., oder gegen das Vorjahr 413 701 M. mehr, im Güter-  
verkehr 40 124 823 M., oder gegen das Vorjahr 1 214 804 M.  
weniger. Demnach ergeben die beiden Resultate zusammen eine  
Mindereinnahme von 40 799 844 M.; im Güterverkehr allein macht  
die Mindereinnahme 57 882 517 M. aus.

**Aufgegebener Verband.**

Der sächsisch-thüringische Fürbren-  
verband hat die Farsiperte über den sächsisch-thüringischen Weberer-  
verband aufgehoben und löst sich am 30. September nach 15jährigem  
Bestehen auf.

Berliner Terrain- und Baugesellschaft. Es werden wiederum, wie  
im Vorjahre, 10 Proz. Dividende verteilt. Es reichlich bemessenen  
Abreibungen und Rücklagen.

Rückgang des Kohlenverbrauchs. Von den Bechen, Koksereien und  
Druckwerken des Ruhrbezirks sind vom 1. bis 15. April v. J. in  
11 Arbeitstagen 252 727 und auf den Arbeitstag durchschnittlich  
22 975 Wagen zu 10 Tonnen mit Kohlen, Koks und Drifetts be-  
laden und auf der Eisenbahn verhandelt worden gegen 284 070 und  
auf den Arbeitstag 21 852 Wagen in demselben Zeitraum des Vor-  
jahres bei 13 Arbeitstagen. Es wurden demnach vom 1. bis 15. April  
1900 auf den Arbeitstag 1123 mehr und im ganzen 81 848 Wagen  
zu 10 Tonnen oder 11 Prozent weniger gefördert und zum Verband  
gebracht als in demselben Zeitraum des Vorjahres.

Widerstehende Berichte über die Marktlage in Amerika Infol-  
germaßen noch nicht ein klares Bild über die dortigen Verhältnisse ge-  
minnen. Einmal heißt es, die Nachfrage sei nun kräftig, dann  
wieder wird gemeldet, daß zwecks Bekämpfung des Marktess Preis-  
abschläge bewilligt werden müßten. Unten 19. April wird aus  
New York gemeldet: In der ordentlichen Generalversammlung der  
United States Steel Corporation führte der Präsident des Ver-  
waltungsrats, Richter Gary, aus, das Geschäft sei in langsamer aber  
stetiger Besserung begriffen. Die Preisermäßigungen hätten die  
Wirkung gehabt, daß das Geschäft beinahe zum Stillstand gekommen

Wäre. Die Verbraucher hielten mit Äufern in Erwartung noch niedrigerer Preise zurück. In den letzten sechs Tagen jedoch, als die Preise beinahe die unterste Grenze erreicht hätten, waren die Käufe größer gewesen. Das jetzige Geschäft sei das umfangreichste seit Dezember. — Gleichzeitig berichtet die „Frankf. Ztg.“ aus New York: Der Stahlmarkt reduzierte den Stahlmarkt um 2 Dollar pro Tonne.

gesprochenen Antisozialisten gelten 1 der weiblichen Stadtverordneten. Infolge der Wahl der gewählten Frauen, die in 34 Städten gewählt wurden, sind im Durchschnitt tätig: 37 sind verheiratet und 23 ledig. Jedenfalls wird bei den nächsten Kommunalwahlen im Jahre 1918 das weibliche Geschlecht in weit stärkerer Zahl in die Gemeindevertretung einziehen.

Die juristische Sprechstunde hatel Lindenstraße Nr. 5, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Sprechstunden: **Samstag** wochentags abends von 7 bis 9 Uhr. **Sonntag** 7 Uhr Sonntag abends abends von 6 bis 8 Uhr. Jeder Anruf ist an Sprechstunde und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert. Die zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergangen. Bitte Fragen genau in der Sprechstunde vor.

**Briefkasten der Redaktion.**  
Der Bekanntheitsgrad der Sprechstunde ist so groß, dass sich an das Sprechstundengericht oder an einen Vormund wenden. — P. Z. 1759. Eine bestimmte Anzahl von Werten ist nicht vorgeschrieben. Die Helmskilt ist zur Aufnahme berechtigt, aber nicht verpflichtet, gleichzeitig wie viel Werten geliefert sind. Enden Sie sich bei der Aufnahme zunächst an die Versicherungsanstalt am Köntlichen Park, event. an das kgl. Bureau, Neue Friedrichstr. 10, 2. 200 Mark. 3. Jeder Anruf — 100 M. Sie mühen sich bei dem Oberpräsidenten beizutragen. Sie in den preussischen Staatsverhandlungen aufzunehmen. Nachweisen müssen Sie, daß Sie sich in Deutschland wieder niedergelassen haben. — W. S. 555. 1. Etwas 25 M. pro Monat. 2. Die Familie geht vor. 3. Sie leben außer Gütergemeinschaft. 4. Nehm. — C. A. Kolonitsch. 1. Der Vertrag läuft weiter. 2. Der Vertrag ist gültig. — G. S. 21. 1. Pro Tag 1 M. 2. 15 M. 3. 6 Monate. 4. 4 Jahre. — M. M. Leider ist ungenügende Einzahlung kein Grund zur vorläufigen Entbindung vom Mietvertrag. — B. B. Nicht. Sie sind im Arrium. Ein Gastwirt kann wegen Schulden für Speisen und Getränke innerhalb der Verjährungsfrist klagen. Die Verjährungsfrist beträgt zwei Jahre vom Ablauf des Jahres ab gerechnet, in dem die Forderung entstanden oder anerkannt war. — **Fahrtverbot.** Ist nicht vereinbart, so gilt auch für Landwirtschafstiere nach § 232 des Bürgerlichen Gesetzbuchs eine 14tägige Kündigungsfrist.

**Aus der Frauenbewegung.**

**Frauen als Schulkürate gewählt.**

In Milwaukee im Staate Wisconsin, Vereinigte Staaten von Amerika, fanden kürzlich die Schulküratewahlen statt. Dabei gelang es, von fünf Kandidatinnen unserer Partei dreien zum Siege zu verhelfen, darunter zwei Frauen, die eine mit 8252, die andere mit 6673 Stimmen, während der erwählte Herr Genosse 6429 Stimmen erhielt. Die Schulkürate stehen an der Spitze der Verwaltung der öffentlichen Schulen der Stadt. Im Schulkürat sitzen 11 Männer und 4 Frauen.

**60 weibliche Stadtverordnete in Dänemark.**

Nach einem soeben veröffentlichten amtlichen Bericht über die dänischen Kommunalwahlen im März dieses Jahres sind unter den 867 gewählten Stadtverordneten 60 Frauen. Von diesen 60 weiblichen Stadtverordneten sind 18 Sozialdemokraten. Als aus-

**Frauenausbentung in Indien.**

Ein Lohn von sechs Schilling — gleich 6 R. — im Monat, zwei Mahlzeiten am Tage, ein Nachtlager auf festgestimmtem Lehmbooden, der nur mit einer dünnen baumwollenen Decke bedeckt ist — das ist das Los der Frauen, die in den indischen Zutespinnereien arbeiten. Sie nähren sich hauptsächlich von Reis und Gemüse, die mit Curry-Gewürz zubereitet werden, und laufen beständig Petroleum als Anreizungsmittel.

Ein Musterbeispiel der rücksichtslosen Ausbentungspraktiken, die sich der englische Kapitalismus in seiner reichsten Kolonie ungestraft erlauben zu können glaubt. Wie lange noch?

Jedenfalls kann es unter solchen Verhältnissen nicht wundernehmen, daß der Sozialismus in Indien ständig an Boden gewinnt.

**Lesende.**

Treptow-Baumschulweg. (Ortsenteil Baumschulweg.) Donnerstag, den 21. April, 8 1/2 Uhr, bei Dänisch, Ernststr. 26. Vorlesung. Genosse Karl Müller. **Stralau.** Donnerstag, den 22., abends 8 1/2 Uhr, bei Kaiser, Marktgrasendamm 11: Vortrag.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

Mittwoch, den 21. April, Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Königl. Opernhaus.** Alra.  
**Königl. Schauspielhaus.** Ein Puppenspiel.  
**Neues königliches Operntheater.** Der Fischer.  
**Deutsches Haus.** Kommerzielle. Der Arzt am Scheidewege. (Anfang 8 Uhr.)  
Freitag, 8 Uhr.  
**Neues Schauspielhaus.** Pest.  
**Welken.** Der Jockel.  
**Berliner.** Einer von unsers Leut'.  
**Neues.** Die Fremde Frau.  
**Thalia.** So wohl sie denn?  
**Kamische Oper.** Die Insel.  
**Reisende.** Kümmer dich um Amelie.  
**Lehrstückhaus.** Im Klubessel.  
**Kleinod.** Moral.  
**Hebbel.** Revolutionen.  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Die Karolinger.  
**Schiller Charlottenburg.** Die Welt, in der man sich langweilt.  
**Friedrich Wilhelmstädt.** Schauspielschau. Der Dorftrumm.  
**Kaiser.** Romeo und Julia.  
**Trianon.** Liebesgemitter.  
**Neues Operntheater.** Die Dollarpinzessin.  
**Berliner Operntheater SW.** Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
**Bernhard Rose.** Keiserattache.  
**Gastspieltheater.** Der Hund von Baskerville.  
**Gebrüder Herrinfeld.** Meine Deine Tochter. Der selige Niemann.  
**Apollon.** Die Geschwister Wiesenthal.  
**Metropol.** Domerteller — tadellos.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Carl Haberland.** Spezialitäten.  
**Wagnere.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Wahalla.** Spezialitäten.  
**Polite Caprice.** Das Lied vom brauen Mann. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Kaisers.** Keiserattache. Spezialitäten.  
**Gustav Behrens.** Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Parodie.** Siegel Regelt alles. — Alles fürs Kind. Oder: Die Folgen eines Rendezvous. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
**Urania.** Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Von Abbazia bis Korfu.  
**Sternwarte.** Anfallenstr. 57/62.

**Urania.**

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: **Von Abbazia bis Korfu.**

**Residenz-Theater.**

Direktion: Richard Alexander. — Anfang 8 Uhr.  
**Kümmer dich um Amelie.** Schwan in 3 Akten (4 Bildern) von Heidenau.  
Morgen u. folg. Tage: Dief. Vorst. f. Sonntag, den 25. April, 3 Uhr: **Der Fisch im Ochr.**

**Lustspielhaus.**

Abends 8 Uhr: **Im Klubessel.**

**Hebbel-Theater**

Königsstraße 57/58. Anf. 8 Uhr. **Revolutionshochzeit.**

**Luisen-Theater.**

Abends 8 Uhr: **Romeo und Julia.**

**DERNHARD ROSE THEATER**

Or. Frankfurter Str. 132. Keiserattache. Lustspiel in 3 Akten von Stobber und Friedmann. Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise. Donnerstag: Benefiz für Gertrud Spiegelberg: Graf Egner.

**Metropol-Theater**

Donnerwetter — tadellos! Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet. Donnerstag und Freitag: **Geschlossen.** Sonnabend, den 21. April, um 1. Male: **Die oheren Zehntausend.**

**Lessing-Theater.**

Mittwoch 8 Uhr: **Wesen + Synus:** Nora. Donnerstag 8 Uhr: **Griseida.**

**Berliner Theater.**

Seite 8 Uhr: **Einer von unsers Leut'.** Morgen: **Einer von unsers Leut'.**

**Neues Theater.**

Anfang 8 Uhr. **Die fremde Frau** (La femme X...) Morgen u. Freitag: **Die fremde Frau.** Sonnabend neu einstudiert: **Renaissance.**

**Theater des Westens.**

Abends 8 Uhr: **Der Jockeyklub.** Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: **Ein Walzertraum.**

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**

Mittwoch, 21. April, Anfang 8 Uhr: **Der Dorftrumm.** Donnerstag: **Lumpackvagabundus.** Freitag: **Der Dorftrumm.** Sonnabend: **Hufarenstieber.**

**Gastspiel-Theater**

Kepplerstraße 68. Anf. 8 Uhr. **Sensationeller Erfolg!** **Der Hund von Baskerville** von Reid. Bonn.

**Schiller-Theater.**

O. (Wallner-Theater.) **Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Karolinger.** Trauerspiel in 5 Akten von Ernst v. Wildenbruch. Ende 10 1/2 Uhr. **Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Welt, in der man sich langweilt.** Freitag, abends 8 Uhr: **Die Welt, in der man sich langweilt.** Schiller-Theater Charlottenburg. **Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Welt, in der man sich langweilt.** Lustspiel in 3 Akten von Eduard Wallron. Ende 10 1/2 Uhr. **Donnerstag, abends 8 Uhr: Macbeth.** Freitag, abends 8 Uhr: **Macbeth.**

**Arnold Scholz. Neue Welt**

Hasenheide 108-114. **„Das silberne Horn von Berlin“** Gr. Amateur-Ringkampf-Konkurrenz. ca. 200 Nennungen. Wertvolle Ehrenpreise. Große Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend: **Großer Ball.** Anfang 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr. Entree M. 0.30, 0.50, 1.—, 2.—.

**Brauerei Friedrichshain**

Heute, Mittwoch: **Sechster Tag — Ringkämpfe** — der großen internationalen — **Weltmeisterschaft** in Leichtgewicht und Siegesprämie von 3000 M. Heute ringen fünf Paare: **Hanson, Meistringer, Dänemark, gegen Paganini, Italien.** **Spzvek, Mähren, gegen Sanders, Neger-Champion.** **Lassarlesse, Frankr., Weltmeister, geg. Stolzenwald, Rheinland.** **Annoni, Italien, gegen Sandor, Champion, Ungarn.** **Mitschke, Berlin, gegen Petrowitsch, Polen.** Vor den Ringkämpfen: **Das ausgewählte Spezialitätenprogramm.** Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf., res. Pl. 1 M., numer. Tisch 2 M.

**Schluß der Saison am 6. Mai. Zirkus Busch.**

Mittwoch, 21. April, abds. 7 1/2 Uhr: **Gala-Abend.** U. a.: Um 8 Uhr: **Mr. Charleston?** Um 9 Uhr: **Mons. Vansart!** Mathilde Ranz, Schultzein. Ernst Schumann, Reudersuren. Um 10 1/2 Uhr: **Herrn Karl Hagenbecks Niesenlöwen und Eisbären.** Um 9 1/2 Uhr: **Auswanderer!** Sonntag: **Zwei Vorstellungen.**



**8 Geishas Baggese Anann**

sowie das von Publikum und Presse glänzend beurteilte **April-Programm.** Reservierter Pl. 2 M. Entree 1 M. (einschl. Programm u. Garderobe)

**Palast-Theater**

Burgstraße 21, 2 Minuten vom Bahnhof Börse. **Internation. Ringkampf-Konkurrenz** um die Siegesprämie von 4500 M. in bar. — Die heute haben sich 20 der ersten Ringkämpfer des In- und Auslandes gemeldet. Heute ringen: **Brillon, England gegen Van der Born, Holland.** **Folgenhauer, Rigdol geg. Scholl, Köln.** **Brenno, Steyermark gegen Schulz, Ostpreußen.** **Pierre de Rouss, Brantfeld gegen Kornatzki, Polen.** Außerdem: **Das Monster- Progr. 20 Attraktionen 20.** Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr. Preise wie gewöhnlich.

**Casino-Theater**

Lothringers Str. 37. — Täglich 8 Uhr. Bis zum 30. April: **Ackermann.** Als 1. Akt auf vielstimmigen Wunsch: **Das Opernprogramm.** Sonntag 4 Uhr: **Rußland.**

**Sanssouci,**

Kottbuser nach Mass, schick, gewerk. Zutaten, von 20 Mark an. **Moritz Laband, Neue Promenade 11 (Südt. Börse).** Direktion Wilhelm Reimer. Sonntag, Montag und Donnerstag: **Elite-Soiree** Frühstügs-Kränzchen von **Hoffmanns Nordd. Sängern** Beg. Sonntag 5, wochent. 8 U.

**Ein Wink für Kranke.**

Deutschland besitzt im Lamsfelder Stahlbrunnen einen Heilhaft ersten Ranges, der verdient, der leidenden Menschheit dauernd zugänglich gemacht zu werden. (Vgl. Zeitungsbericht Dr. Heßberg.) **Anwendungsbereich:** Blutarmut, Mischst, verschiedene Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, Blutarme Zustände, bei denen eine Reinigung der Blutmenge und Befreiung der Blutgefäße notwendig ist, u. a. B. nach großen Blutverlusten infolge schwerer Operationen, Wochenarbeiten usw., nach überstandenen erschöpfenden Infektionskrankheiten wie Influenza, zur Hebung des Ernährungszustandes bei ausbleibender Lungensubstanz. **Aus ärztlichen Befunden:** „Ein ganz vorzügliches Eisenmangan-Medikament.“ „Die Lösungsverhältnisse der hauptsächlich wirksamen Stoffe stimmen mit denen des Blutes überein. Das Wasser ist wohlschmeckend und gut verträglich.“ — „Aus Leute, die angestrengt geistig arbeiten müssen, hat es einen erheblichen, regenerierenden Einfluß.“ — „Indem es das Nervensystem kräftigt, greift es gewissermaßen die Krankheitsursache direkt an.“ **Dankesworte nach erfolgreichen Kuren:** „Ich bin 1 1/2 Jahre sehr krank gewesen, konnte nicht essen, nicht schlafen, hatte Schmerzen im Rücken, Stuhlverstopfung, Kopfschmerzen, große Nervenschwäche, große Blutarmut und Geschwülste in den Gelenken; ich habe nie gedacht, daß ich jemals wieder gesund werden würde. Und doch, wie schnell kam meine Gesundheit wieder.“ — „Ich bin zunächst über den raschen, ausgezeichneten Erfolg, den ich erzielte; habe ich doch nach kurzer Zeit einen herrlichen Appetit erhalten, alle lästigen Beschwerden sind verschwunden, und die alle Lästigkeit lähmende Schwäche nimmt immer mehr ab.“ — „Der Lamsfelder Stahlbrunnen hat mir meine Kraft und meinen Mut wiedergegeben.“ **Professoren kostenlos durch Lamsfelder Stahlbrunnen, Düsseldorf 8, 164.**

**Walhalla- Variete-Theater**

Wohnbergsweg 19-20, Rosenth. Tor. Anfang 8 Uhr. **Die großartig. April-Spezialitäten.** Im Tunnel: **Freikonzert.**

**Steidl-**

Theater. Brückenstr. Anf. 7 1/2 Uhr. Wochentags 8 1/2. Riesenerfolg. **Papa Brenneke!** Parterre-Saal: Berliner Spatzen. Prima Küche. — Entree frei.

**W. Noacks Theater**

Direktion: Rob. Ossl. Brunnenstr. 16. **Yelva, die russische Waife.** Großes Melodrama von Th. Hell. Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 25 Pf. Ehren- und Vorzugskarten gültig 19. Sonnabend, den 21. April: Große Extravort.: **Die Nacht des Goldes.**

**Reichshallen-Theater**

Stettiner Sänger. **Der Kompagnie-Ball.** Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

**Berliner Eis-Palast**

**Ständige Eisbahn.** Bis 12 Uhr nachts geöffnet. **Konzert und Kunstlaufen.** Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, gewerk. Zutaten, von 20 Mark an. **Moritz Laband, Neue Promenade 11 (Südt. Börse).**

**Bauustellen in Mahlsdorf,**

an gepflasterter Straße, unmittelbar am Bahnhof Mahlsdorf, preiswert zu verkaufen. Event. wird Baugeld gegeben. Pläne stehen zur Verfügung. **Mahlsdorfer-Terrain-Gesellschaft, Berlin, Schrenkstr. 21. 59/11\***

**Nischenhake & Nitsche**

Berlin, Neue Königl. 16



Partei-Angelegenheiten.

Rieder-Schönhäuser-Vorabend. Am Sonntag, den 25. April, findet die Festigung der Wohlfahrtsausstellung in Charlottenburg...

Bernau. Die fällige Wahlvereinsversammlung am Sonnabend, den 24. d. M., fällt aus. Der Diskussions- und Lesabend der Frauen findet Freitag abend 8 1/2 Uhr bei der Genossin Kosloff...

Spandau. Die ordentliche Generalversammlung des Wahlvereins findet heute, Mittwoch, den 21. April, abends 8 1/2 Uhr im Lokal von G. Vorkardt, Seeburger Straße, statt.

Berliner Nachrichten.

Ein Frühlingsmahl im Kaiserhof.

Während Hunderttausende in Berlin nicht wissen, wo sie für sich und die Ihren ein Stück Brot hernehmen sollen, um ihren Hunger zu stillen, und mancher in seiner Verzweiflung seinem Hungerleiden ein Ende macht...

Zu den nie verlassenden natürlichen Delikatessen gehören im Frühling auch für den verweichtesten Epikureer das Radiesel und das frische bayrische Radieschen...

An Nachspeisen gibt's im Kaiserhof zwei besonders raffinierte Sachen: die Duchessebirne à la Salome, so benannt, weil die kulinarische Schöpfung gleichzeitig mit der musikalischen Meister Strauß erfolgte...

Wie viel Arbeiterfamilien könnten sich sattessen, wenn sie das Geld hätten, das ein solches Mahl kostet?

Das Lied vom Sparen

Wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung anlässlich der Debatten über die Arbeitslosigkeit und der von sozialdemokratischer Seite verlangten Maßnahmen zur Milderung derselben durch die Kommune wieder einmal gesungen.

Was sind denn das meistens für Arbeiter, die da „sparen“, und zwar im Sinne unserer Sparapostel sparen? Wer schon in Dresden war, kennt die südländischen Typen, die an schönen Sonn- und Feiertagen im Sommer zahlreich in der Nähe der Hofkirche an der Brühlischen Terrasse sich aufhalten.

Der Klassenbewußte Arbeiter ist ein weniger ausbeutungsfähiges Objekt, weil er zugleich der qualifizierteste Bekämpfer der „verdammten Bedürfnislosigkeit“ ist.

Arbeitskraft, „was natürlich die moralische Entrüstung des Kapitals und seiner Anwälte über den „Luxus“ des den Volkswohlstand untergrabenden Arbeiters zur Folge hat“ (Marx).

Daher denn alle die Mittel der Wohlthätigkeit, um die Entfugung des Arbeiters zu fördern. Und dasselbe Mittel will man nun auch unseren Arbeitslosen gegenüber anwenden.

Wer als Arbeiter von der „Freiheit des Sparens“ den weitesten Gebrauch macht, läuft Gefahr, dem Zwange der Ausbeutung ganz und gar zu erliegen.

Bürgerkunde für Fortbildungsschüler.

Ueber die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens und unserer Rechtsordnung schon die heranwachsende Jugend zu belehren, wird mehr und mehr als notwendig erkannt.

Die besitzende und darum herrschende Klasse hat selbstverständlich den lebhaften Wunsch, daß ihre eigenen Interessen auch durch diesen neuen Lehrgang wieder gefördert werden.

Einer Aussprache über diese Frage sollte eine Versammlung dienen, die von der „Gesellschaft für soziale Reform“ (Arbeitsgruppe Berlin) veranstaltet worden war.

Professor Förster versteht unter Bürgerkunde nicht das, was gemeinhin darunter verstanden wird. In seinem Vortrage ging er davon aus, daß alle Kulturfragen auch Erziehungsfragen seien.

Man sieht, Förster verknüpft mit dem Wort „Bürgerkunde“ eine nicht gewöhnliche Vorstellung. Seine Bürgerkunde für Fortbildungsschüler soll den jungen Leuten die sittlichen Gesetze der Arbeit und des Berufslebens darlegen.

Das Referat des Stadtschulrats Michaelis führte die Zuhörer wieder auf den Boden der Wirklichkeit zurück. Auch er betonte, daß ihm das letzte Ziel der Bürgerkunde für Fortbildungsschüler ein ethisches sei.

In der Diskussion wurde hauptsächlich die Frage der Ausbildung der Fortbildungsschullehrer erörtert, die für die tauglichsten Fortbildungsschullehrer bisher am besten geformt sei.

Die Kellereibeleuchtung in den Straßen der Reichshauptstadt hat nach Einführung des Schluß-Laternenschlusses erheblich zugenommen; die Laternenhalter begannen miteinander darin zu wetzeln, daß sie nach Geschäftsablauf die Schaufenster, Schaukästen usw. erleuchteten oder besondere Lichtklammschriften usw. in Tätigkeit

treten lassen. Sie rechnen damit, daß das Publikum gerade in den Abendstunden besonders zahlreich in den Geschäftstraßen promeniert und zugleich auch „beschaubar“ gefilmt ist als bei Tage, während der Arbeitszeit.

Ein neues Abfahrtsignal? Nach Abschaffung des Rufes „Abfahren“ gibt der Stationsbeamte dem Lokomotivführer bei Dunkelheit das Abfahrtsignal durch Emporheben einer weisbleuchenden Laterne. Dies Verfahren hat sich im allgemeinen gut bewährt, nur behaupten einige Lokomotivführer, daß das weisse Licht auf hell erleuchteten Bahnsteigen mit Rücksicht auf andere gleichfarbene Lampen und Laternen zuweilen nicht deutlich genug als Abfahrtsignal in die Erscheinung trete.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag hat eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. U. a. stehen folgende Angelegenheiten zur Beratung und Beschlussfassung: Abordnung der Mitglieder der Versammlung in die Deputation zum Besuch der Stadt London infolge Einladung der Corporation der City of London.

— den Abschluß eines Vergleichs mit der Stadtgemeinde Fürstentum über die Schädigungen durch den Müllabfuhrplan in Spreehagen, — den speziellen Entwurf zum Erweiterungsbau der 5. Fortbildungsschule Langestr. 31, — den Etat des Seilermeister-Feldscherischen Fonds für das Stadtjahr 1909, — den Vorentwurf zum Um- und Erweiterungsbau der pathologisch-anatomischen Anstalt des Krankenhauses Moabit, — den Verkauf einer am Pfirtenbrunnener Weg bei Fürstentum zu Charlottenburg belegenen Grundstücksparzelle, — die Annahme einer durch Frau Anna Mosler, geb. Mosler, der Stadtgemeinde gemachten Schenkung, — und den Austausch einer 100 Quadratmeter großen Fläche des Gaswerksgrundstücks in Tegel-Bittenau.

Eine überraschende Entdeckung machte ein Schornsteinfeger auf dem Grundstück Köstliner Str. 2. Beim Reinigen einer der Schornsteine fand er darin eine Würfelform, die zur Anfertigung falschen Geldes gedient hat.

Auf dem Turnplatz schwer verunglückt ist gestern nachmittag der 16 Jahre alte Bruno Hirtens aus der Adlerstraße 133. Er hatte mit mehreren anderen jungen Leuten auf dem Spielplatz an der Wehmstrasse Fußball gespielt.

Zwei Räuber vom Schlesienschen Bahnhof wurden in der vergangenen Nacht festgenommen. Die 25 Jahre alten Galtziger Stanislaus Ridel und Kasimir Wobinski. Diese waren früher Landarbeiter, lebten aber zuletzt ausschließlich von Räubereien gegen Landleute.

Aus dem Polizeibericht. Am Montagnachmittag wurde der 43 Jahre alte Arbeiter August L. in seiner Wohnung in der Pichlerstraße an einer Herzlähmung erkrankt und von einem herbeigerufenen Heilgehilfen abgeholt. Sofort angestellte Wiederbelebungsbemühungen waren erfolglos. — Der 45 Jahre alte Arbeiter Wilibald E. hat sich abends vor der Wohnungstür seiner Tante in der Zwillingstraße durch einen Revolverversuch getötet.

mit einem Schädelbruch und einem Bruch des linken Schlüsselbeins Aufnahme fand. Sein Zustand ist besorgniserregend. — Aus unbekannter Ursache wurde am Montag vormittag das Pferd einer Droschke und lief die Holzmarktstraße entlang. Vor dem Hause Drosselstraße 1 prallte der Reiter gegen die Vorderachse, wodurch der 79 Jahre alte Knäuel Karl Kersch vom Sattel geschleudert wurde und bewußtlos liegen blieb. Konstanten transportierten N. in einer Droschke nach dem Krankenhaus Am Friedricshain, wo man eine schwere Kopfverletzung feststellte und ihn aufnahm. Die Droschke ist stark beschädigt und mußte vom Besitzer abgeholt werden.

**Angestrichenes Kind.** Am 3. d. Mts. hat ein unbekannt gebliebenes etwa zehnjähriges Mädchen auf der Treppe des Seiteneingangs des Hauses Gruner Weg 17 einen ganzen Sack voll alten Knaben ausgegossen, nachdem es vergeblich versucht hatte, denselben bei einer vordienstlich wohnhaften Frau abzugeben. Personen, welche sachdienliche Angaben machen können, werden ersucht, sich im Polizeipräsidium oder in jedem Polizeirevier zu 1481 IV/48 09 zu melden.

**Feuerwehrbericht.** Zweimal wurde die Berliner Feuerwehr in der letzten Nacht nach dem Grundstück Kleine Markstraße 4 alarmiert. Am Witternachts fand dort der Dachstuhl des rechten Seitengebäudes in Flammen. Diese sollen in den Bodenbeschlägen ausgekommen sein und am Innenteil derselben reiche Kohlung gefunden haben. Bald brannte auch der Dachstuhl des Vorderhauses, so daß die Feuerwehr unter Leitung des Brandinspektors Leubner tätig werden mußte. Die Entschung konnte nicht mehr erreicht werden. Die Feuerwehr war schon längere Zeit abgelenkt, als ein zweiter Alarm erfolgte. Um 3 Uhr nachts fand der Dachstuhl des Vorderhauses in Flammen. Durch kräftiges Wassergerben gelang es aber, den Brand auf den Dachstuhl des Vorderhauses zu beschränken. Auch diesmal konnte die Entstehung nicht festgestellt werden. Fast gleichzeitig wurde die Feuerwehr nach der Köpenicker Straße 169 gerufen, wo indes nur ein Schornstein brannte. Durch Lieberlöcher vom Bett nach Vorderer Straße 41 Feuer aus. Der 11. Zug hatte in der Merkanstraße 87 zu tun, wo Stroich in Brand geraten war, und in der Pflanzstraße 33, wo Kohlenoxydgas sich bemerkbar gemacht hatte. Ferner rückte die Feuerwehr nach der Köpenicker Straße 19, Scharfstraße 73 u. a. Stellen aus.

## Vorort-Nachrichten.

### Schöneberg.

In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung fand die neue Schulartzordnung zur Beratung. Dieselbe war der Stadtverordnetenversammlung bereits vor anderthalb Jahren zugangen und wurde damals einem Ausschuss überwiesen, der erst jetzt seine Beratungen beendet hat. Nachdem der Berichterstatter eine Erläuterung der vom Ausschuss vorgenommenen Änderungen gegeben hatte, debattierte man darüber, ob ein Schularzt im Hauptamt anzustellen sei oder ob es bei dem bisherigen System bleiben soll. Es wurde beschlossen, die weitere Beratung der Schulartzordnung zu vertagen, bis der Magistrat sich über die angeregte Anstellung eines Schularztes im Hauptberuf schlüssig geworden ist.

Eine Vorlage des Magistrats verlangt die Subventionierung einer privaten höheren Mädchenschule in Schöneberg durch Ueberweisung von Freischülerinnen auf städtische Kosten. Stadt, Weise (Vid. Frak.) wünschte, daß diese Subventionierung auch noch anderen privaten Schulen zuteil werde. Unsere Genossen Käser und Dümwig wandten sich namens der sozialdemokratischen Fraktion entschieden gegen diese Subventionierung; man sorge lieber dafür, daß diese privaten Schulen abgeschafft werden. Die Vorlage des Magistrats wurde darauf angenommen, ein Teil der liberalen Fraktion stimmte mit dafür.

Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit einer Reihe von Nachbewilligungen für Etatsüberschreitungen.

### Charlottenburg.

**Freie Volksschule Charlottenburg.** Die Aprilvorstellung findet für die I. Abteilung am Donnerstag, 22. April, für die II. Abteilung am Freitag, 23. April, im Schüler-Theater Charlottenburg statt. Bespielt wird Shakespeares „Macbeth“. Die Karten müssen in beiden Abteilungen am Tage vor der Vorstellung geliebt sein.

**Eternverein für freie Erziehung.** (Verein Freier Kindergärten.) Auf den heute abend im Volkshaus, Köpenickerstr. 8, stattfindenden Märchenabend mit Lichtbildern wird noch einmal hingewiesen. Anfang 8 Uhr. Eintritt für Kinder 10 Pf., für Erwachsene 20 Pf.

### Wilmersdorf-Salensee-Schwargendorf.

Auf die Ergänzungswahl von Delegierten zur hiesigen Ortskrankenkasse, die heute abend von 7 1/2 Uhr ab im Lützenpark, Wilsbergstraße 112, stattfindet, sei an dieser Stelle nochmals aufmerksam gemacht. Wir ersuchen nur für die Liste der Gewerkschaftskommission, beginnend mit dem Namen Albrecht Richard, die Stimme abzugeben. Legitimation oder Arbeitsbescheinigung ist erforderlich.

Die Gewerkschafts-Unterkommission.

### Pankow.

Die Gemeindevertreterwahl am Montag hat mit einer Niederlage für die Sozialdemokratie geendet. Wie ist dieser Ausgang zu erklären? Daß auf einen Sieg unserer Kandidaten nur dann zu rechnen war, wenn die Parteigenossen im weitesten Maße ihre Schuldigkeit taten, war für jeden Eingeweihten ohne weiteres klar. Die Wahlbeteiligung auf beiden Seiten war denn auch eine recht gute zu nennen. Es wurden im ganzen 1374 Stimmen abgegeben, davon erhielten unsere Kandidaten 601 Stimmen. Bei der Hauptwahl am 15. Januar dieses Jahres erhielt unser Kandidat nur 550 Stimmen. Diehen wie in Betracht, daß durch den leidigen Bruderkrieg in unseren Reihen und durch die hierdurch notwendigen Einigungsbestrebungen viel Zeit absorbiert wurde, so blieb für die eigentliche Wahlarbeit rund eine Woche übrig. Daß trotzdem diese Stimmenzahl abgegeben wurde, ist jedenfalls ein Zeichen, daß die alte Schlagfähigkeit der Partei am Orte noch vorhanden ist und es nur noch geringerer Zeitbedarf, um jeden Kampf mit den Gegnern wieder aufzunehmen.

Die vereinigten bürgerlichen Parteien unter der Führung des Reichverbandes hatten dagegen vollaus Mühe, ihren Apparat spielen zu lassen. Ihnen war bekannt, daß die Arbeiter sich im eigenen Kampfe gegenseitig zerfleischten, sie spürten deshalb Morgenluft und brachten die verschiedenen Beamtensategorien in Bewegung. In einem vertraulichen Diskurs wies Herr Gemeindevertreter Gaule im Namen des Wahlausschusses darauf hin, daß die Sozialdemokratie die größten Aufstrengungen mache, die verlorenen Mandate wieder zurückzugewinnen. Ein Sieg der „nationalen Sache“ sei deshalb nur möglich, wenn die bürgerlichen Vertreter gewählt werden. Und alle, alle kamen, um natürlich, lebhaft und eigenfrei Ueberzeugung, die nationalen Kandidaten zu wählen. Die Schaffner und Fahrer der Siemensbahn wählten ihren Vorgesetzten Ingenieur Schneider genau so wie die Eisenbahnbeamten vom Strassenwärter aufwärts, lebhaft und „Mederzeugung“, den Interessen der Gemeinde Pankow zu dienen.

Hier darf natürlich nicht von Terrorismus gesprochen werden. Nur wenn Arbeiter einmal von ihrer wirtschaftlichen Macht Gebrauch machen wollen, dann wird Feter und Noebis gefürchtet. Jedenfalls sind noch bei keiner Wahl so viel verschiedene Beamtensategorien gesehen worden, wie diesmal. Was nicht laufen konnte oder wollte, wurde mit dem Automobil herangeholt. Bei der

Schlepparbeit verspätete sich dann der Führer des Reichverbandes derart, daß er nach 8 Uhr, nach der Absperrung des Saales, noch von den Gebäuden durchgelassen wurde, um am Schluß seine Stimme abgeben zu können. Wie werden nun die neugewählten nationalen Vertreter die Interessen Pankows wahren? Herr Schreiber ist den Einwohnern Pankows kein Unbekannter. Als bei der Umgestaltung der Drogenlage, Holzeisen usw. der Siemensbahn die Einwohner Pankows durch die Gemeindevertreter beschickte Wünsche äußerten, wurden von Herrn Schreiber alle Anregungen abgelehnt. Als bei der Verlängerung der Bahn nach Kiebitz-Schönhagen die beiden Gemeinden in Konflikt gerieten, vertrat wieder Herr Schreiber rücksichtslos die Interessen der anderen Partei. Bei dem anderen nationalen Vertreter, einem Berliner Magistratsbeamten, kann man nur gespannt sein auf den Augenblick, wo die Interessen Pankows mit denen der Stadt Berlin kollidieren — ein Zustand, der bei den heute noch herrschenden Verhältnissen der Nachbargemeinden auch anderwärts immer noch vorkommt —, wie dann der Angehörige der Stadt Berlin zu den Streitfragen Stellung nehmen wird.

Jedenfalls ist es an der Zeit, daß die Arbeiterschaft sich wieder auf sich selbst besinnt und Maßnahmen ergreift, um endlich wieder die achtunggebietende Stellung einzunehmen, die ihr im Orte zukommt. Oder wollen wir auch weiterhin den Gegnern das Kampffeld überlassen? Es ist notwendig, die alte Einheit wiederherzustellen, den alten Streit zu begraben. Wollt ihr weiter den Verdrämen an der Partei Gefolgschaft leisten, die hochaltelid im Hintergrunde der Wahlhandlung standen, ohne doch selbst ihre Stimme abzugeben? Fort mit dem Streit. Hinein in die Organisation. Jeder lege selbst mit Hand an, um neue Kämpfe vorzubereiten.

Bei den gestern stattgefundenen Wahlen zur Ortskrankenkasse vereinigte die Liste der Gewerkschaftsunterkommission 890 Stimmen auf sich. Eine Gegenliste war nicht aufgestellt. Es sind somit die Kandidaten der Gewerkschaftsunterkommission gewählt.

### Treptow-Baumfuhlenweg.

Schwer verletzt wurde gestern nachmittag ein Arbeiter beim Ableuchten einer Gasanlage bei Franke in der Karpenteierstraße. Infolge einer Explosion wurde dem Arbeiter der linke Arm gestammiert. Ein Krankenwagen schaffte den Verunglückten nach dem Krankenhaus am Leben.

### Aldershof - Alt-Glienide.

Die elektrische Straßenbahn Aldershof - Alt-Glienide, an deren Herstellung gearbeitet wird, soll zu Pfingsten in Betrieb genommen werden.

### Strausberg.

Das Auge ausgeschossen. In die Königl. Klinik zu Berlin wurde vorgestern der dreizehnjährige Schüler Richard Heller von hier eingeliefert. Er wurde vorgestern morgen von dem Lehrling Artur Lange beim Revolverüben so unglücklich ins rechte Auge getroffen, daß es nicht mehr zu retten war.

### Spandau.

Ein ausländisch-polnischer Arbeiter, so berichtet ein hiesiges Lokalblatt, der schon wiederholt den Ausweisungsbefehl erhalten hat und, weil er das Staatsgebiet trotzdem nicht verließ, bereits mit Gefängnis bestraft worden ist, wurde am Sonntag hier wieder angetroffen. Da er keine Beschäftigung hat, wurde er in Haft genommen. Es ist wirklich unglaublich, erst werden diese armen Arbeiter vom Auslande hierher gezogen, um für die Unternehmer die Hausarbeiten zu spielen, und wenn man sie dann nicht mehr braucht, schiebt man sie als lästige Ausländer wieder ab, fast sie sogar ins Gefängnis, wenn sie dem Ausweisungsbefehl nicht Folge leisten. Staat und Gemeinde setzen solchen Missethätigen Mißhandlungen zu, ja der Staat geht noch mit gutem Beispiel voran, indem er sogar ausländische Frauen beim Eisenbahnbau beschäftigt. Will man aber solche armen irragefährten Menschen in ihrer Muttersprache aufklären, so kollidiert man wieder mit dem Vereinigungsgesetz. So etwas kann auch nur in einem Staate vorkommen, wo die Regierung die Geschäfte der Unternehmer besorgt, während die Arbeiter in jeder Weise unterdrückt werden. Und da liefern die Kirch-Vandalen und ähnlichen Gewerkschaften noch von Demokratie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

**Submissionsnotizen.** Für das Gelände des Hofendomes und zwar zur Anschaffung der stützenförmigen Hofendome sind sechs Angebote eingegangen. Die höchste Forderung betrug 14 988 M., die niedrigste 7978 M. — Für die Leitung der Stadthöhden in der Jubiläumstraße sind 18 Angebote eingegangen. Die Preise differieren zwischen 14 118 M. und 11 968 M. Für die Fenster dieser Zehnalle sind acht Angebote eingelaufen. Die Höchstforderung beträgt 11 288 M., die niedrigste 6049,50 M. Da zweifellos die Mindestforderungen den Zuschlag erhalten, so werden am letzten Ende wieder die Arbeiter diejenigen sein, die dem Unternehmer den Verdienst bringen müssen, denn eine Bestimmung, wonach die Unternehmer gehalten sind, mindestens die ortsüblichen Tagelöhne zu zahlen, ist bei den Ausschreibungen noch nicht eingeführt.

## Gerichts-Zeitung.

### Die Geheimnisse einer Potsdamer Wurstfabrik.

Ständelose Zustände wurden in der letzten Sitzung der Potsdamer Strafkammer erörtert, die im Mai vorigen Jahres im Bereiche des Schlächtermeisters und Döslieferanten Otto Rod, Brandenburger Straße, herrschten. Auf Anzeige seines Gesellen Müller erfolgte eine Untersuchung und Verhaftung von mehreren Rentnern Wurst, die teils verschleimt, teils schimmelig unter den Verkaufsbedingen lag. — Bereits einmal wurde vor dem hiesigen Schöffengericht gegen Rod wegen Nahrungsmittelverfälschung am 18. Februar d. J. verhandelt. Damals kam der Angeklagte mit dem milden Urteil von 20 M. Geldstrafe weg. Verhängungsweise legte er dagegen Berufung ein. Auch die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein. In dem Berufungsverfahren wurde erwiesen, daß im Keller auf Epochen mit guter Ware auch schlechtere Wurst hing, daß verdorbene, mit Schimmel behaftete Leberwurst abgegeben, mit frischem Fleisch, Schwarte und Speck vermengt, durch den Wolf gerieben wurde und dann für „angeblich“ 20 Pf. das Pfund verkauft wurde. Hinsichtlich des geringen Preises versuchte der Angeklagte ein eigenes Rechenexempel aufzumachen, das angesichts der verschiedenen Vorhaltungen des Vorsitzenden zu dem Ergebnis zusammenkrampte: „Aus Gemütsartigkeit habe ich das gemacht, weil mir die 20 Pf. Wurst geschick hat. Ich habe sie direkt verkauft.“ Mit der Grobheit fand der Angeklagte beim Vorstehen wenig Verständnis, so daß er schließlich erklärte, er habe die Abfallwurst als Hundewurst verkauft. Er fügte hinzu: „Wenn sie die Seele selbst essen, kann ich nichts dafür.“ — Vor.: „Sie geben also für die Hunde noch Pfeffer in die Wurst?“ Diesem Pfeifel begnügt der Angeklagte mit der Erklärung: „Kommt einer und will Abfallwurst, kriegt er diese, weil er Hundewurst oder Orbnärs oder „Brantil“, kriegt er auch diese.“ — Vor.: „Wo ja! Und diese Wurst haben Sie auf die Menschen losgelassen?“ Da sich der Angeklagte darauf berufen hatte, daß „sein“ Verfahren — Verbesserung saurer Leberwurst — in Potsdam allgemein üblich ist, wurde Schlächtermeister Hartling als Sachverständiger vernommen. Er bekräftigte: „Das ist doch ein bißchen anders, als Herr R. das erzählt. Wenn die Leberwurst schwarz geworden ist, dann nehmen sie uns die Frauen nicht mehr ab, dann zieht man neue Säure un, die Wurst ist aber minderwertig. Der Vorsitzende befragte dann den Sachverständigen, ob er sich erklären könne, welchen Vorteil R. habe, wenn er zu schlecht gewordenen Wurst, die früher

20 Pf. gekostet habe, noch frisches Fleisch, Gewürz nehme, sich die Arbeit mache, um dann das neue Produkt für 20 Pfennig zu verkaufen. Sachverständiger: „Das kann ich mir nicht erklären. Die alte Leberwurst ist ja unerschöpflich und der Hund frisst die schwarz geordnete eben so gern wie andere.“ Der Sachverständige schloß mit den Worten: „Wenn ich frei und offen reden darf, Herr R. ist sehr beschränkt, ich erwarte das!“ Das Gericht legte der Angeklagte R., er habe die „reproduzierte“ Wurst für 20 Pfennig verkauft, trotz seiner Vernehmung keinen Glauben bei. Ueber seinen Besuch bei der Verfertigung bekundete Geheimrat Mebba, die Befehlshaberin Wurst zeigte Fäulniserscheinungen, teilweise hing im Keller total verfaulende Wurst neben gesunder Ware. Im Lagertraum standen Fettstücken mit fingerdicker Schimmellage. „Es war nicht im Keller“, versicherte der Sachverständige. Er bezweifelte auch die Richtigkeit des Verkaufspreises von 20 Pf. für das Pfund „Hundewurst“. Auch gab er seiner Vermutung Ausdruck, daß zu anderen Leberwürsten schlechtes Material genommen sei. In der berühmten „Leberwurst“ war natürlich keine Spur von Leber, sondern nur Kalbsmagen“. Gefesse Wurst gab zu, mit dem Meister Kleinmeyer Wurst abgegeben, mit Kopffleisch, Speck und Schwarte vermengt und in die Wärme gefüllt zu haben. Geheimrat Mebba: „Sein Abstellen kommen große Mengen Schimmelpilze in die Wurstung!“ Der Staatsanwalt, Professor Gloga, beantragte 100 M. Geldstrafe. Das Gericht hob das erstinstanzliche Urteil auf, verurteilte die Berufung des Angeklagten und verurteilte ihn auf § 10 Abs. 1 des Nahrungsmittelgesetzes wegen Verfälschung und Verkaufs verdorbener Waren zu 100 Mark Geldstrafe.

### Kleine Klageobjekte hohe Kosten.

Ein Kaufmann in Hannover verklagte vor einiger Zeit einen hiesigen Schuldner auf Zahlung von 250 M. und erlangte auch einen rechtskräftigen Schuldtitel über diesen Betrag. Der Schuldner war inzwischen von Hannover nach Kiel verzogen, weshalb der Rechtsbeistand des Gläubigers den Schuldtitel einem Gerichtsbevollmächtigten in Kiel zur Vollstreckung einhandte. Der Gerichtsbevollmächtigte waltete vorchristlich seines Amtes und erzielte aus dem Erlös geschätzter Sachen beim Zwangsverkauf den Betrag von 8 M. Er teilte dieses dem Rechtsbeistand des Gläubigers mit, gleichzeitig aber auch, daß er die 8 M. zur teilweisen Deckung seiner, der Vollstreckungskosten, die im Betrage von 607 M. entfallen seien, verwendet, und daß er den Restbetrag von 7 Pf. per Nachnahme von ihm erhoben habe. Der Gläubiger mußte wegen dieser 7 Pf., die er überdies noch zu bezahlen hatte, noch 62 Pf. Postungskosten bezahlen. Der Gerichtsbevollmächtigte konnte natürlich die 7 Pf. auch niederzulegen oder die Einsetzung per Postkarte verlangen, aber er handelte auch so vorchristlich. Nebenbei sei bemerkt, daß der Schuldner sich im übrigen als schuldlos herausstellte und daß der Gläubiger außer rund 20 M. Gerichtskosten auch noch die Kosten seines Prozessvertreters zu tragen hat.

## Vermischtes.

**Schmerzerrel.** Im „Reichsboten“ finden wir folgendes Inserat: „Bitte!“ Ich beabsichtige in dem neuerbauten Krankenhaus zu Nielsenburg, welches dem baltischen Fürstentum gehört, von Diakonissen geleitet wird, ein Freiwort zu stiften, bedarf aber noch dazu der Mithilfe guter Freunde der guten Sache. — Jeder der diese meine Bitte liest, bitte ich, mir 50 Pf. zu schenken. Paulen bei Rosenburg, Besir.

Magdalene von Kurtswald, geb. Freilin b. Schönau.

Da läßt sich leicht ein Freiwort stiften, wenn man die hierzu nötigen Mittel erst bei anderen Leuten zusammenschort. Wenn die adeliche Dame als Wohlthäterin auftreten will, sollte sie in die eigene Tasche greifen und eine Summe zu diesem Zwecke hergeben.

**Strandung eines deutschen Dampfers.** Einer Flodmeldung zufolge ist der Dampfer „Alfa“, von Habana nach Bremen und Alsborg unterwegs, an der Südseite von Goodwinstrand auf Grund geraten.

**Ein verhängnisvoller Mordfall** auf einem Omnibus wird aus New gelendet: In der Nähe der Stadt wurde ein Omnibus von fünf Männern überfallen. Bei der Verfolgung der Mörder, an der auch auf dem Felde beschäftigte Landleute teilnahmen, wurden sechs Personen, unter ihnen zwei Mörder, getötet und vier Personen verletzt.

**Sozialdemokratischer Leseverein und Distriktsklub „Heinrich Heine“.** Heute abend 9 Uhr bei Holze, Adenbrückerstr. 81 Sitzung.

**Sozialdemokratischer Leseverein und Distriktsklub „Karl Marx“.** Heute abend 8 1/2 Uhr bei Hummel, Sophienstr. 5: Sitzung. Gäste willkommen.

**Leseverein und Distriktsklub „Sobok“.** Heute abend 8 1/2 Uhr bei Reichardt, Söthlicher Straße 33: Sitzung. Gäste willkommen.

**Bereit echnischer Verkehr (Abteilung B).** Heute abend 8 1/2 Uhr im „Rosenhale Hof“, Rosenhale Str. 10/11: Mitgliederversammlung. Gäste haben Zutritt.

**Amstlicher Marktbericht der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Marktfrage:** Fleisch: Futur gutgehend, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Kalb: knapp, Geschäft reger, Preise steigend. Geflügel: Futur knapp, Geschäft reger, Preise gut. Fische: Futur reichlicher, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Saisongüter: Futur ausreichend, Geschäft etwas lebhafter, Preise unwesentlich verändert.

### Witterungsübersicht vom 20. April 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Stettin	761,80	2	W	5	Capranza	766,80	2	bed	—6
Hamburg	760,00	2	bed	10	Freiburg	762,80	1	bed	—4
Berlin	761,00	2	bed	9	Seitz	762,80	4	bed	9
Frankfurt	758,00	1	bed	12	Aberdeen	753,00	2	bed	7
München	760,00	2	bed	11	Bari	764,80	4	bed	10
Wien	761,80	1	bed	12					

**Wetterprognose für Mittwoch, den 21. April 1909.**  
Zunächst ziemlich trübe und regnerisch, aber müßlich lebhaften westlichen Winden; später wieder aufklarend, etwas kühl.

Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

Der Landesamt für Wasserstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am	seit	Wasserstand	am	seit
	19. 4.	18. 4.		19. 4.	18. 4.
Pemel, Müll	422	-7,4	Seals, Grotzkich	192	-18
Vogel, Ansbach	83	0	Seals, Grotzkich	131	+4
Wald, Bam	994	-12	Wittenberg	130	0
Uder, Ahaber	226	-13	Spreo, Spremburg	94	-2
Wolke, Ahaber	263	-1	Wessel, Wittenberg	174	-3
Wolke, Ahaber	257	-1	Wessel, Wittenberg	30	0
Wolke, Ahaber	289	-8	Wessel, Wittenberg	97	-11
Wolke, Ahaber	299	-6	Wessel, Wittenberg	428	-2
Wolke, Ahaber	129	-1	Wessel, Wittenberg	241	-17
Wolke, Ahaber	114	-11	Wessel, Wittenberg	285	-18
Wolke, Ahaber	89	-20	Wessel, Wittenberg	115	-1
Wolke, Ahaber	227	-5	Wessel, Wittenberg	205	-6
Wolke, Ahaber	273	-4	Wessel, Wittenberg	83	-8

+) + bedeutet Hoch, — Paß. — \*) Unterpegel.

# Zentralverband der Stukkateure

Filiale Berlin.

Donnerstag, den 22. April 1909, abends 8 Uhr,  
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:

## Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Das Ergebnis der Tarifverhandlungen in der Schlichtungskommission und wie stellen sich die Stukkateure Berlins dazu. 2. Berichterstattung vom Verbandstag. 3. Neuwahl des Ausschusses und der Gauleitung. 4. Verschiedenes.  
Meldungen zur Mitgliedschaft werden am Eingang des Saales entgegengenommen.  
178/18\*

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Charlottenburg.)

Donnerstag, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr:  
**General-Versammlung**  
im Volkshaus, Rosinenstraße 3.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über die freien Fortbildungskurse für Arbeiter. 2. Erwählung vom 1. Quartal 1909. 3. Vortrag über Konsumgenossenschaften. 4. Waiseler. 5. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.  
Die Ortsverwaltung.

## Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Donnerstag, den 22. April, abends 7 1/2 Uhr, im Schulsaal, Grenadierstr. 37.  
**General-Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, des Lehrkollegiums und der Revisoren. 2. Wahl eines Schriftführers. 3. Anträge. 4. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert!

## Tabakarbeiter-Genossenschaft, Hamburg

Generaldirektion und Fabriklager Berlin 30, Köpenicker Straße 20a  
Vertreter: **Udo Stangenberg** Amt IV, 9160  
Wiederlage der Nordbänder Kantabakarbeiter-Genossenschaft  
Zigarren - Zigaretten - Kantabake zu Fabrikpreisen.

**Möbel**  
Dresdenerstr. 16  
Ob  
**Barzahlung**  
oder  
**Teilzahlung**  
steht dieselbe reelle Qualität!  
Unübertroffene Bedienung!  
**Siegmund**  
**Misch**

Orts-Krankenkasse  
für das Gewerbe der Tischler und  
Pianoforte-Arbeiter zu Berlin.  
**General-Versammlung**  
der Vertreter der Kassen-  
mitglieder und der Arbeitgeber  
am Donnerstag, d. 29. April,  
abends 8 Uhr:  
im „Gewerkschaftshaus“, Engel-  
auer 15, Saal 7.  
Tagesordnung:  
1. Abnahme der Jahresrechnung  
pro 1908 nebst Bericht der Revisoren.  
2. Antrag des Vorstandes. 3. Ber-  
icht des Herrn Koblentz über die  
„Neubausicherung“.  
21556 Der Vorstand.

**Gemeinsame**  
**Orts-Krankenkasse**  
für  
**Adlershof u. Ung.**  
Wir laden hiermit die Vertreter  
der Kassenmitglieder und Arbeitgeber  
zu der am Freitag, den 30. April,  
abends 7 Uhr, im Restaurant  
Köhne zu Adlershof am Bahnhof  
Haltinthen 278/30  
**Ordentlichen Generalversammlung**  
ein. Tages-Ordnung:  
1. Berichterstattung über die Abnahme  
der Rechnung des Vorjahres. 2. Nicht  
auf der Tagesordnung stehende An-  
gelegenheiten.  
R. Hansen, Berichtender.

Beste Honigsquelle  
gedleg. Trauergarderobe  
**Westmanns**  
Trauer-Magazin  
Berlin W., Mohrenstr. 37a  
NO., Gr. Frankl. Str. 115.  
Genehme Beachtung  
meiner Firma u. Haus-  
nummer geboten!

**Reste**  
Damenstoffe, schwarz und  
farbig, Costumes-Stoffe, neueste  
Wuster, Tricot-Stoffe, Seiden-  
Pique, Baumwolle,  
Seide etc.  
**Confection**  
Paletots,  
Jackets, Stab-  
mäntel, Costumes und Costum-  
stoffe in grosser Auswahl.  
**C. Pelz,**  
Kottbuserstr. 5.

**Achtung! Sumatra!**  
Zweite Länge, Vollblatt, lebhafter  
Farben, S. u. R. Dell, gute  
Qualität und scharf brennend,  
empfehlen wir.  
Pfd. verzollt M. 3,20.  
Bei Pakenabnahme bedeutende  
Preisermäßigung.  
**Hamburger Rohthak-Haus.**  
Filiale: Berlin N.,  
Brunnenstraße 180.  
296/17\*

**Steppdecken**  
Sind nicht nur ein helles und  
schönes Stück in der Deko-  
ration, sondern auch ein  
sehr praktisches und  
gutes Stück.  
Berl. 72 Wallstr. 72.  
Angebot: 2 Stück für M. 25,00  
mit 20% Ermäßigung auf  
2 Stück für M. 20,00

Der beispiellose Erfolg,  
den unsere  
**JOSETTI  
VERA**  
CIGARETTE  
erfungen hat, ist kein Zufall, sondern  
wohl begründet in der verdienten  
Anerkennung, die diese Marke, als  
beste 3 Pfg. Cigarette, allgemein  
gefunden hat.  
Josetti Vera m. u. o. M.  
10 Stück 30 Pfg.

**Schluß des Saison-Ausverkaufs**  
**Sonnabend, den 24. April, abends 7 Uhr!**  
Wenn Sie diese vier Tage bis dahin unbenutzt verstreichen lassen,  
**dann ist's vorbei!**  
Mittwoch! Donnerstag! Freitag! Sonnabend!  
in diesen Tagen noch gratis ein elegantes Reiscap an jeden Käufer schon von 30 M. an!  
Die schönsten Modelle  
in **Frühjahrs- und Sommer-Kostümen,**  
in **Frühjahrs- und Sommer-Mänteln,**  
in **Kleidern und Röcken** hundertfach verschiedener Fassons, Paletots, Jacketts, Kimonos, Ausstattung und Stoffen, Capes, Blusen etc.,  
gebe ich in diesen vier Tagen noch für teilweise den  
**Dritten Teil des Wertes** ab,  
früher bis M. 15.- bis M. 21.- bis M. 30.- bis M. 48.- bis M. 60.- bis M. 90.- etc. bis M. 300.-  
für diese 4 Tage M. 5.- M. 7.- M. 10.- M. 16.- M. 20.- M. 30.- jetzt M. 175.-  
Promenaden-, Reise-, Brunnen-Kostüme in größter Auswahl, enorm billig!  
**Westmann's Spezialhaus für Damen-Konfektion**  
Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a (kein Eckhaus, 2. Haus vom Hauptbahnhof),  
und Berlin NO., Große Frankfurter Straße 115 (kein Eckhaus, 2. Haus von der Andrastraße).

„Geraldine“ M. 20,-  
Kopien! Originalmodelle!  
Reisemuster!  
Für jede, auch die stärksten Figuren vorrätig,  
dann bedeutend unter Preis!

Unserem Vereingehöfen  
**Ernst Müller, Stromstraße 35,**  
zum Silbernen Jubiläum die besten Glückwünsche.  
21545 Die Genossen vom Bezirk 679 und 676.

Sozialdemokratischer Wahlverein  
für den  
**4. Berliner Reichstagswahlkreis**  
Götlicher Viertel,  
Bezirk Nr. 224, Teil I.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unsere Genossin, Frau  
**Johanna Koppiak**  
(Wiegandstr. 6)  
gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 22. April, nach-  
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Götlicher Kirchhofes in  
Rixdorf, Hermannstraße, aus  
statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Zentral-Verband der**  
**Schmiede.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege  
**Rudolf Rohrbeck**  
am 16. April freiwillig aus dem  
Leben geschieden ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, den 21. April, nach-  
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Rixdorfer Friedhofes,  
Wartenborfer Weg, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
176/7 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein  
des  
**6. Berl. Reichstagswahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 19. April verstarb unser  
Mitglied, der Tischler  
**Wilhelm Boy**  
Antonstraße 2.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 22. April, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Rixdorfer Friedhofes,  
Wartenborfer Weg, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse**  
**der deutschen Wagenbauer.**  
(E. H.) Crüdenstein Rixdorf.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Schmie-  
**Rudolf Rohrbeck**  
am 16. April freiwillig aus dem  
Leben geschieden ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 21. April, nach-  
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Rixdorfer Friedhofes,  
Wartenborfer Weg, aus statt.  
228/7 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Nachruf.**  
Den Genossen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Schneider  
**Ernst Schwarz**  
Gochmeisterstr. 19  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
226/14 Der Vorstand.

**Berichtigung.**  
Die Beerdigung unseres Kollegen  
**Hermann Weiner**  
findet nicht heute Mittwoch, sondern  
morgen Donnerstag, abends  
6 1/2 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-  
Kirchhof in Wartenborf statt.  
Die Kollegen  
der Nordd. Buchdrucker.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Dreher  
**Oskar Voigt**  
am 18. April gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 21. April, nach-  
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Rixdorfer Friedhofes  
aus nach dem alten Thomas-  
Kirchhof in Rixdorf, Hermann-  
straße, statt.  
Rege Beteiligung ersucht  
115/18 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten die traurige Nach-  
richt, daß unser lieber Vater und  
Schwiegervater, der Fuhrer/Kohlen-  
händler  
**Friedrich Berg**  
Eisenbahnstr. 26a,  
nach längerem Leiden verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Donner-  
stag, nachmittags 3 Uhr, von der  
Halle des Zentral-Friedhofes in  
Rixdorf aus statt.  
Die mitbetroffenen Hinterbliebenen.

**Deutscher**  
**Holzarbeiter-Verband**  
Zahlstelle Rixdorf.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Tischler  
**Wilhelm Rothe**  
am 17. April verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, den 21. April, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Rixdorfer Kirch-  
hofes, Wartenborfer Weg, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
82/13 Die Ortsverwaltung.

Am Montag, den 19. April,  
verstarb nach langem Leiden  
unser älteste Lecker 21535  
**Hulda**  
im Alter von 22 Jahren, was  
bedrückt unseren  
Gustav Wollschläger und Frau,  
Abalberstr. 21.  
Die Beerdigung findet Freitag,  
den 20. nachmittags 3 Uhr, von  
der Leichenhalle des St. Thomas-  
Kirchhofes aus statt.

**Danksagung.**  
Allen Freunden und Bekannten,  
Vorgesetzten und Kollegen der Gas-  
anstalt II Charlottenburg, welche dem  
Haustruß „Ladell“ für die große  
Beteiligung und die vielen Kran-  
spenden bei der Beerdigung meiner  
lieben, unversehrlichen Frau **Emilie**  
**Sprockhoff** geb. Dandte sagen  
wir hiermit unseren herzlichsten Dank.  
Der trauernde Gatte  
Aug. Sprockhoff nebst Kindern.

**Wichtig für Eheleute!**  
**Wie schütze ich mich vor**  
**vielem Kindersegen?**  
Verlag vom Verfasser Wilhelm Lüdner,  
W.-Gera (Thüringen), Steinborn 5.  
Preis 60 Pf. in Briefmarken oder bar.  
Zusendung erfolgt portofrei u. kostenfrei.

**Eine wirklich**  
**praktische Hausfrau**  
verlangt stets ausdrücklich Solisten-  
seifenpulver „Goldperle“. Jedes  
Paket enthält ein hübsches, praktisches  
Geschenk.  
Fabrikant:  
Carl Gerner, Göppingen.  
Schutzmarke.

**„Rauchen Sie**  
**Phanomen**  
**Cigaretten!**  
Devis: Qualität ist die beste Empfehlung

